Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang · Mittwoch, 8. Dezember 1920 · Nummer 520 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4602, 4635, 4649, 4821

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

England und Sowjetrußland

Von unserem Londoner Korrespondenten.

I.

K. **London**, Ende November.

Der Kampf um den Handelsvertrag mit Rußland fand seinen vorläufigen Abschluß mit der Erklärung Lloyd Georges, daß die britische Regierung beschlossen habe, Sowjetrußland demnächst einen Vertragsentwurf vorzulegen, der auf der Abmachung vom 7. Juli beruht. Die Meinungsverschiedenheiten in der englischen Bourgeoisie über das Verhältnis zu Rußland kamen innerhalb des Kabinetts selbst zum Ausdruck. Es ist bekannt, daß Lloyd George, Bonar Law, der Handelsminister Sir Robert Horne und der Finanzminister Chamberlain zu den Befürwortern, Lord Curzon, Churchill, der Marineminister Walter Long und der Lordkanzler (Vorsitzender des Oberhauses) Lord Birkenhead zu den heftigsten Gegnern des Vertragsabschlusses gehören. Es verlautet sogar, daß Lloyd George nur durch die Drohung sehr ernster Konsequenzen den Beschluß für die Fortsetzung der Verhandlungen mit Krassin durchgesetzt hat.

Es wäre indes voreilig, die Bedeutung dieses neuesten Schrittes der englischen Regierung besonders hoch einzuschätzen. Zunächst, weil die bisherigen Erfahrungen lehren, mit welcher Virtuosität die englische Regierung es verstanden hat, die Verhandlungen mit Rußland durch 10 Monate zu verschleppen. Aber auch aus einem anderen Grunde. Um es gleich vorwegzunehmen: der normale Güteraustausch mit Rußland kann nicht bloß auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen und durch die private Initiative von einzelnen englischen Unternehmern und Handelsherren wiederhergestellt werden. Um das verwüstete ökonomische Leben Rußlands aufzubauen, um dem verhungerten russischen Volke zu ermöglichen, sein Wirtschaftsgetriebe wieder in Gang zu bringen, ist eine systematische, wohlorganisierte Hilfsaktion im internationalen Maßstabe erforderlich. Sie muß für Jahre berechnet sein und hat langfristige Kredite, d. h. Vertrauen zur zukünftigen Produktionskraft Rußlands zur Voraussetzung. Ist von dem kapitalistischen Westen, der, wie noch nie zuvor, von einer imperialistisch-militaristischen Reaktion ergriffen ist, eine derartige großangelegte Aktion zu erwarten, ohne Rücksicht auf die sozialistischen Konsequenzen? Die Antwort ergibt sich von selbst.

Darum ist die neuerliche Zustimmung Lloyd Georges zur Fortsetzung der Handelsverhandlungen kaum ein Wendepunkt in dem Kampfe Rußlands gegen die tödliche Umklammerung der kapitalistischen Nachbarn. Immerhin bedeutet der Entschluß einen erfreulichen Fortschritt. Denn er beweist, daß auch die klügste und mächtigste kapitalistische Wiedergierung keine Möglichkeit sieht, den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt mit Ausschaltung Rußlands durchzuführen. Sie sieht keinen anderen Ausweg aus der drückenden Produktionskrise, die England selbst gegenwärtig durchmacht, als den tröstlichen Hinweis auf vermehrten Export nach Rußland und die Herabsetzung der Preise durch gesteigerte Zufuhr aus der Sowjetrepublik. Der Beschluß ist auch darum erfreulich, weil er unter dem Drucke der britischen Arbeiterschaft zustandegekommen ist. So ist die Wiederaufnahme der durch Monate unterbrochenen Verhandlungen mit Krassin ein neuerlicher Beweis für die dauernde Krise der kapitalistischen Wirtschaft, die sich aus eigener Kraft nicht mehr zu helfen vermag, sowie für die wachsende Macht des Proletariats.

Mächtige kapitalistische Gruppen haben ununterbrochen jeden Annäherungsversuch an Rußland heftig bekämpft. Es bedarf keiner besonderen Einsicht, um ihre Gründe zu verstehen. Sie wehrten sich dagegen vor allem, weil die politische Bedeutung des Handelsvertrages eine viel größere sein wird als sein unmittelbarer wirtschaftlicher Wert. Sie behaupten nicht mit Unrecht, daß ein Handelsabkommen die Anerkennung der Sowjetregierung einschließt und schon in der nächsten Zeit zum Abschluß eines formellen Friedens mit Rußland führen muß. In der Tat hat Tschitscherin seine Note vom 9. November, die in sehr wirkungsvoller Weise die Verantwortung der englischen Regierung für die Verschleppung und häufige Unterbrechung der Verhandlungen feststellt, mit folgender Bemerkung abgeschlossen:

„Die Sowjetregierung hofft, eine befriedigende Antwort zu empfangen (auf die Anfrage, ob sie die Handelsverhandlungen sofort wiederaufnehmen will), und erwartet ferner, daß dem Handelsabkommen Verhandlungen über den Frieden und die Herstellung normaler Beziehungen unmittelbar folgen werden, und zwar durch entsprechende Körperschaften bevollmächtigter Delegierter, die von jeder Seite nach eigenem Gutdünken bestimmt werden, und daß die britische Regierung zustimmen wird, daß die Konferenz in London zusammenkommt oder in irgendeiner neutralen, in gegenseitigem Einvernehmen gewählten Stadt."

Der Gedanke an einen Frieden mit Rußland ist aber gewissen Kreisen unerträglich. So wenig heutzutage ein Friedensvertrag bedeutet, er würde doch gewisse Cliquen hindern, die konterrevolutionären Intrigen in und um Rußland zu fördern. Er würde zumindest diesen edlen politischen Sport erschweren. Es gibt einflußreiche Kreise auch in England, die ein Gefühl gesteigerter Sicherheit haben, je schlimmer das Chaos und die Selbstzerfleischung im Osten Europas ist. Je gründlicher die Abnützung und Zerstörung der russischen Volkswirtschaft, um so schwieriger für irgendeine sozialistische Regierung, die Wunden des Krieges und der Revolution zu heilen und den arbeitenden Massen Rußlands auch nur die Lebenshaltung der Vorkriegszeit wiederzugeben. Um so geringere Anziehungskraft gewinnt die Botschaft einer neuen Welt für die Lohnsklaven im Westen, die noch von den Fleischtöpfen des kapitalistischen Aegyptens genießen.

Für einen Teil der englischen Bourgeoisie ist auch die unversöhnliche Feindschaft Frankreichs maßgebend, mit dem sie sich solidarisch fühlen. Sie sind nicht abgeneigt, die Pläne Frankreichs in Osteuropa zu unterstützen, das entschlossen ist, auf den Trümmern Rußlands ein mächtiges imperialistisches Polen aufzurichten, das die Rolle des europäischen Gendarmen und der französischen Flankendeckung gegen Deutschland übernehmen soll. Der Kern aller Angriffe und Wutausbrüche gegen das geplante Handelsabkommen jedoch ist die Unklarheit der Julivereinbarung über die Rückzahlung der auswärtigen Anleihen der zaristischen Regierung, sowie die glatte Ablehnung jeder Entschädigung an die auswärtigen Kapitalisten, deren Unternehmungen durch die Sowjetregierung sozialisiert wurden.

Eine ganze Literatur gegen das Handelsabkommen ist von dieser Seite geschaffen worden. Vor uns liegen die Denkschrift der Föderation der britischen Industrien, der Einspruch der Vereinigung der britischen Handelskammern, Proteste führender Banken und Versicherungsgesellschaften, ein Protest des kommerziellen Reichsverbandes, der im Einvernehmen mit der Londoner Handelskammer und der genannten Föderation, der russisch-britischen Handelskammer, der Manchester Vereinigung von Importeuren und Exporteuren vorgeht. Nicht weniger interessant ist eine Denkschrift russischer Handels- und Finanzhäuser, die Vertretungen in London und Paris besitzen. Es sind darunter die Russische Industrie- und Handelsvereinigung, ein Vertretungskomitee der russischen Banken, der Metallurgische und Bergwerks-Verband Südrußlands, das Moskauer Börsen-Komitee, die altrussischen Verbände der Gerber, der Flachsindustrie, der Wollindustrie und der Glasindustrie. Kurz, die gesamte russische kapitalistische Emigration. Das Verzeichnis ist sehr lehrreich, denn es zeigt, welche Kräfte am Werke sind, um den Handel mit Rußland zu verhindern. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß diese kapitalistischen Konzerne und Korporationen sich gewiß nicht damit begnügten, auf die Regierung mit Denkschriften und Protesten einzuwirken. Die gesamte kapitalistische Presse wurde in Bewegung gesetzt und durch Monate bearbeitet, allen voran wie üblich die sehr unvoreingenommene, vornehme „Times", die in den kritischen Tagen in allen Tonarten von der „Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Verträge" redete. Es handelte sich, wie gesagt, um die von der Sowjetregierung Ende 1917 annullierten Darlehnsschulden der zaristischen Regierung.

Der Punkt 8 des Juliabkommens lautet:

„Die russische Sowjetregierung erklärt hiermit, daß sie ihre Verpflichtung anerkennt, britischen Untertanen Kompensationen zu zahlen für gelieferte Waren oder geleistete Dienste, sei es an sie oder an die frühere Regierung Rußlands oder an russische Bürger, für die infolge der russischen Revolution keine Zahlungen geleistet wurden."

Die Art der Erfüllung dieser Verpflichtung soll erst durch den Friedensvertrag geregelt werden. Auf Grund dieser Erklärung hat sich die britische Regierung in dem folgenden Punkte 9 ihrerseits verpflichtet, russische Waren, Wertpapiere oder Goldsendungen, die zur Deckung russischer Einkäufe nach England kommen, weder zu beschlagnahmen noch in Besitz zu nehmen. Die interessierten Unternehmer protestieren vor allem gegen diesen Punkt 8. Denn damit sind wohl die sogenannten Handelsschulden anerkannt, nicht aber die Finanzschulden, vor allem die der zaristischen Regierung. Noch weniger läßt sich auf Grund dieses Abkommens irgendeine Entschädigung für Verluste erwarten, die von auswärtigen Kapitalisten während der Revolution erlitten wurden. Es verlautet zwar von Zeit zu Zeit, daß Krassin geneigt sei, die Anleiheschulden anzuerkennen. An sich wäre es nicht unglaubwürdig, denn schließlich bedeutet die Anerkennung dieser Schulden noch lange nicht ihre Rückzahlung . . . Aber diese Gerüchte werden von Kreisen, die der russischen Handelsdelegation nahestehen, entschieden in Abrede gestellt.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Aufhebung des Streitrechts der Beamten

Verderbliches Beginnen

Reichs- und Preußische Staatsregierung einmütig gegen die Beamten

Berlin, 7. Dezember.

Amtlich. Gegenüber der in den letzten Tagen eingetretenen passiven Resistenz einiger Gruppen von Beamten nimmt die Reichsregierung Veranlassung zu betonen, daß sie in der Frage des Beamtenstreiks nach wie vor auf dem Boden der von der preußischen Staatsregierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung am 20. Februar 1920 abgegebenen Erklärung steht. Diese Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

Die am 13. November 1918 gebildete preußische Regierung hat in ihrem Aufruf an das preußische Volk vom 13. November 1918 die Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamte als eine ihrer Aufgaben bezeichnet. Auch die gegenwärtige preußische Staatsregierung erkennt das Koalitionsrecht der Beamten an. Mit dem Begriff des Koalitionsrechtes ist aber das sogenannte Streikrecht nicht untrennbar verbunden. Der Streik ist nur eines der Mittel, die Erlangung besserer wirtschaftlicher Bedingungen durchzusetzen, nicht das einzige zu diesem Zweck. Dafür, ob dieses Mittel angewendet werden darf, sind die aus dem Dienstverhältnis sich wechselseitig ergebenden Rechte und Pflichten entscheidend. Ist damit die gemeinsame Arbeitsniederlegung nicht vereinbar, so ist dem Koalitionsrecht das sogenannte Streikrecht nicht verliehen. In ihrer Anwendung auf das Beamtenverhältnis führen diese Grundsätze dazu, daß der Beamte nicht streiken darf. Das Beamtenverhältnis ist ein Treuverhältnis. Da der Staat ohne die Beamten ein geordnetes Leben nicht führen und überhaupt seinen Willen nicht äußern kann, muß er mit den Beamten ein Verhältnis eingehen, das diese zur völligen Hingabe an den Staat verpflichtet. Dieses Treuverhältnis tritt auch dadurch in Erscheinung, daß der Beamte einen Diensteid leistet. Die Eigenart des Beamtenverhältnisses kommt in wesentlichen Bestimmungen des Beamtenrechts zum Ausdruck. Mit Rücksicht auf die ihm der Allgemeinheit gegenüber obliegende Pflicht ist dem Beamten das Recht versagt, sein Amt willkürlich zu verlassen. Demgemäß ist auch die Mehrzahl der Beamten auf Lebenszeit angestellt und kann nur im Wege des gesetzlich geregelten Disziplinarverfahrens entlassen werden. Ferner sind die Rechte des Beamten auf ein bestimmtes Gehalt, auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge gesetzlich geregelt und durch die Reichsverfassung besonders gewährleistet. Bei diesem besonders gearteten Verhältnis von Rechten und Pflichten bricht mithin ein Beamter, der streikt, seinen Eid und verletzt die Amtspflicht, die er übernommen hat. Das Streiken stellt sich als unentschuldigtes Fernbleiben vom Dienst dar und hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streiks seines Diensteinkommens verlustig geht. Auch hat er die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen. Dadurch werden keine berechtigten Interessen der Beamten verletzt, denn ihnen stehen andere Mittel zur Verfügung, um ihre Ansprüche nachdrücklich zur Geltung zu bringen, da über die Verwaltungen des Staates die Volksvertretungen, über die der Gemeindeverbände deren Vertretungen ein durchgreifendes Kontrollrecht ausüben.

Die Auffassung der preußischen Staatsregierung in dieser Frage deckt sich mit der der Reichsregierung. Die Staatsregierung betrachtet es als ihre selbstverständliche Aufgabe, pflichttreue Beamte vor dem Terror Streikender zu schützen und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Die Reichsregierung kann keinen Unterschied anerkennen zwischen dem Fernbleiben von der Arbeitsstätte, zwischen Streik und sogenannter passiver Resistenz. In allen diesen Fällen verletzt der Beamte die ihm obliegende Dienstpflicht. Infolgedessen hat er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung und den Verlust seines Diensteinkommens zu gewärtigen.

Nachdem die Regierung den Konflikt mit der Beamtenschaft heraufbeschworen hat, nachdem sie den Groll in den Beamtenmassen so weit hat aufspeichern lassen, daß eine Entladung durch eine heftige Bewegung, gesteigert bis zur Arbeitseinstellung jedem Einsichtigen längst unvermeidlich erschien, wirft diese anscheinend jeder Verantwortlichkeit völlig bare Regierung nunmehr den Beamten selbst den Fehdehandschuh hin. Diese Verordnung, die das Streikrecht der Beamtenschaft aufhebt, ist die Kampfansage der Regierung an die organisierte Beamtenschaft. Das geschieht in diesem Augenblick, da die letzten Möglichkeiten zu einer Einigung immer noch gegeben sind. Eine pflichtbewußte Regierung hätte die Aufgabe, diese letzten Möglichkeiten zu ergreifen, die Spitzenverbände der Beamten und Arbeiter-Organisationen zu Beratungen zu laden und gemeinsam einen Ausweg zu suchen, bei dem die Beamten auf dem schnellsten Wege zu ihrem wohlverdienten Recht kommen.

Die Kampfansage aber richtet sich nicht gegen die Beamtenschaft allein. Die Frage des Streikrechts der Beamten geht nicht nur die Beamten an, sondern sie ist auch eine Angelegenheit der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß das Streikrecht für alle Lohn- und Gehaltsempfänger gleichermaßen besteht. Sie darf es nicht zulassen, daß die machtvoll emporgewachsene Einheitsfront von Arbeitern, Angestellten und Beamten in ihren Wirkungen aufgehoben wird durch die Entrechtung der einen Gruppe. Die Regierung mag wissen, daß die Arbeiterschaft das begreift und entsprechend handeln wird.

Die Streikkrise im Beamtenlager

Das Streikrecht der Beamten in Gefahr

Der Aufruf des Deutschen Eisenbahnerverbandes, den wir gestern veröffentlichten, hat allgemeines Aufsehen erregt. Die Situation wird mit jedem Tage kritischer, denn auch der Deutsche Beamtenbund hat beschlossen, **nicht vor dem Streik zurückzuschrecken**, falls seine Forderungen nicht in kürzester Zeit erfüllt werden. Wir haben diese Forderungen bereits vor längerer Zeit mitgeteilt an der Hand der Denkschrift des Beamtenbundes, in der er diese Forderungen vor dem Parlament eingehend begründet.

Die Bourgeoisie erkennt die Gefahr. Die Aeußerungen ihrer Presse aber zeigen, daß die politischen Vertreter der herrschenden Gewalten zwischen zwei Stimmungen schwanken. Sie möchten es nicht mit der Beamtenschaft verderben, damit sie bei den Wahlen weiter Stimmvieh für die bürgerlichen Parteien sein mögen. Darum tritt fast die gesamte bürgerliche Presse für die Aufbesserung der Beamtenbesoldung ein. Selbst die „Post" erklärt, daß sie die Gehälter nicht ausreichend findet, aber sie fügt hinzu, daß bei der Finanzkalamität ein Ausweg gesucht werden müsse. Sie wagt den Vorschlag, daß die Aufbesserung der Beamtengehälter erfolgen möge auf Kosten der vielen „überflüssigen Beamten", deren Entlassung sie empfiehlt. Womit der Regierung der Weg zur Reinigung der Betriebe von unliebsamen Elementen gewiesen ist, denn man kann sich sehr wohl vorstellen, welche Beamten von ihren Vorgesetzten im Ernstfalle als „überflüssig" angesehen werden würden. Worin aber zugleich eine teilweise Bestätigung unserer mehrfachen Vermutung gesehen werden kann, daß die Regierung ähnliche Absichten hat. Man pflegt in den Redaktionen dieser Presse über die Beweggründe der reaktionären Regierungskomplizen meist trefflich unterrichtet zu sein. Ein ähnliches Wohlwollen für die Beamtenschaft bekundet die liberale Presse.

Zugleich aber tritt neben dieser Begönnerung die Erscheinung zutage, daß die gesamte Reaktion, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, bemüht ist, die Gelegenheit einer großen Bewegung der Beamten zu benutzen, um das gegenwärtige reaktionäre Regime neu zu befestigen. Fast einhellig macht die Presse den Beamten das Streikrecht streitig, und **offen wird mit der Entziehung des Streikrechts im Falle einer Arbeitsniederlegung gedroht.** Auch hier wird die „Post" am deutlichsten, indem sie schreibt:

„Das Recht des Streiks oder auch nur der passiven Resistenz muß den Beamten **unter allen Umständen bestritten werden und versagt bleiben**, wenn unsere öffentlichen Verwaltungen nicht jeden Augenblick den Gefahren preisgegeben werden sollen, denen die privatwirtschaftlichen Betriebe jetzt so oft ausgesetzt sind und deren Uebertragung auf den staatlichen Verwaltungsapparat das vollständige Chaos bedeuten würden. Wollen die Beamten aber unbedingt das Streikrecht auch für sich in Anspruch nehmen, dann müßten ihnen auch die Vorzugsrechte ihrer Beamteneigenschaft **entzogen und sie den Privatangestellten gleichgestellt werden.**"

Die „Vossische Zeitung" und das „Berliner Tageblatt" berufen sich auf den zentrümlichen Beamtenverräter Allekotte, aus dessen jüngst erschienener Broschüre, die auch in unserem Blatte besprochen wurde, folgende Kernstelle zitiert wird:

„Die Vertretung der Beamten wird nach rechtlichen und moralischen Erwägungen im Interesse der Beamtenschaft nicht nur auf das Streikrecht verzichten; sie wird es zurückweisen müssen! Wer die Beamtenschaft mit dem Streikrecht beglücken will, der leugnet die Notwendigkeit der Sicherungen ihrer Existenz. Er rüttelt an den Grundlagen ihres Daseins."

Das „Berliner Tageblatt" leistet sich außerdem einen Leitartikel des Herrn Delius, der sich der aufhorchenden Mitwelt als „aufrichtiger Freund der Beamten" mit dreißigjähriger Bewährung in der Organisation und mit zwölfjähriger Tätigkeit im Parlament vorstellt. Die Beamtenschaft wird sich fragen, was sie von diesem jahrzehntelangen Eifer des selbstgefälligen Herrn bisher gehabt hat. Er hält es für seine Pflicht, wie er erklärt, den totkranken Staat vor schwerer Erschütterung zu bewahren. Ein Stillstehen der Staatsmaschine würde von dem „verhängnisvollsten wirtschaftlichen finanziellen, aber vor allem auch politischen Folgen sein." Woraus eine bange Ahnung des Herrn Delius spricht, denn es ist allerdings nicht unmöglich, daß ein Streik der Beamten von den verhängnisvollsten politischen Folgen sein kann — allerdings für die gegenwärtig am Ruder befindlichen Regierungsparteien, für die Herr Delius spricht.

Keinen Augenblick darf der Gedanke aufkommen, daß den Beamten das Streikrecht nicht gebührt. Ihrer sozialen Stellung nach sind die Beamten Lohnempfänger, genau wie alle übrigen Arbeiter oder Angestellten. Daran wird dadurch, daß die Betriebe, in denen die Beamten vorwiegend beschäftigt sind, der öffentlichen Bewirtschaftung unterworfen sind, nichts geändert. Auch das Pensionsrecht der Beamten, das von der „Post" wie von Herrn Allekotte als Vorwand für die Verweigerung des Streikrechts benutzt wird, ändert im Prinzip nichts an der Gleichartigkeit der sozialen Stellung von Beamten, Arbeitern und Angestellten. Für die Masse der mittleren und unteren Beamten ist die Pension lediglich eine Pfennigabfindung, deren der Staat sich bedient, um abgebrauchte Kräfte auf eine billige Art los zu werden. Wenn man von einer größeren Verantwortlichkeit spricht, die für die Beamten aus dem öffentlichen Dienst erwachsen soll, so muß vorausgesetzt werden, daß die Gesamtheit sich zunächst ihrer Verantwortlichkeit gegenüber Leben und Gesundheit ihrer Bediensteten und deren Familien bewußt ist und danach handelt. So lange indes die Gesamtheit vertreten wird durch eine Regierung, zu deren sozialem Verantwortlichkeitsbewußtsein die Beamten kein Vertrauen haben können, können sie nicht auf das Streikrecht verzichten. Gerade der gegenwärtige Zustand zeigt ja, daß die Gesamtheit, vertreten durch diese Regierung, jene Verantwortlichkeit nicht empfindet. In der Verfassung steht das Wort: **die Arbeitskraft unterliegt dem besonderen Schutz des Reiches.** Wenn dieses Wort nicht zur Phrase gemacht werden soll, so muß die Regierung vor allem die Bediensteten des Staates vor einer zermürbenden Ausbeutung der Arbeitskraft schützen. Solange das nicht geschieht, kann die Beamtenschaft die Möglichkeit einer Pression auf die ihrer Pflicht nicht bewußte Gesamtheit nicht entbehren. Eine solche Pression ist aber nur durch das Streikrecht gegeben. Die Verweigerung des Streikrechtes würde die Beamtenschaft zu Staatsbürgern zweiten Grades herabwürdigen.

Aber auch die politische Hetze gegen die Beamtenschaft beginnt bereits, und zwar in der „Vossischen Zeitung". „Es ist klar," schreibt dieses Blatt, „daß ein solcher Streik gleichzeitig der Auftakt für **Unternehmungen linksradikaler Putschisten** wäre." Es ist notwendig, daß von Anfang an festgestellt wird, daß die Bewegung der Beamten, getragen vom Deutschen Eisenbahnerverband und vom Deutschen Beamtenbund, eine **reine Lohnbewegung** ist. Alle anderen Behauptungen sind Verleumdungen, deren Zweck durchsichtig genug ist. Sollten indes einzelne Elemente die Bewegung benutzen wollen, um die Beamtenschaft in eine putschistische Katastrophe hineinzuziehen, so werden sich die Organisationen in voller Uebereinstimmung mit der Mehrzahl ihrer Mitglieder gegen solche Versuche mit vollem Erfolg zu wehren wissen. Versuche dieser Art würden die Bewegung von vornherein in Gefahr bringen und den Mißerfolg in ziemlich sichere Aussicht stellen.

Die Beamtenbesoldungsnovellen

Nach einer Vereinbarung der Parteien des Reichstags und der preußischen Landesversammlung werden die Beamtenbesoldungsnovellen für das Reich und Preußen bis Mitte Dezember nach den Ausschußbeschlüssen en bloc angenommen werden. Auch der Entwurf über die Erhöhung der Kinderzulagen wird bis zu diesem Termine verabschiedet werden.

Der Besoldungsausschuß der preußischen Landesversammlung hat bereits die zweite Lesung des Beamtendiensteinkommensgesetzes beendet und ist jetzt mit der zweiten Lesung der Besoldungsordnung beschäftigt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Vorlage vor Weihnachten verabschiedet wird. —

Dieser dünne Trost wird offiziös durch alle zur Verfügung stehenden Korrespondenz- und Depeschenbureaus gleichzeitig verbreitet.

Die Postbeamtenbewegung in Baden

TU. Karlsruhe, 7. Dezember.

Eine große Versammlung der Postbeamten beschloß einstimmig, so lange genau nach den Dienstvorschriften weiterzuarbeiten, bis die Regierung den Postbeamten das nächste Vierteljahrsgehalt schon jetzt ausbezahlt. Bevor dies nicht geschehen ist, werden die Postbeamten den Dienst nicht wie vorher versehen. Durch die Stellungnahme der Postbeamtenschaft erleidet der Postverkehr auch weiterhin sehr erhebliche Verzögerungen, was sich besonders einschneidend im Postscheckverkehr bemerkbar macht. In Heidelberg und Pforzheim ist die Bewegung in ruhigere Bahnen geleitet.

Die Dolchstoß-Legende

Der „Vorwärts" im Fahrwasser Ludendorffs

Im „Vorwärts" vom Montag abend befindet sich über den Völkerbund ein Leitartikel, der einen erstaunlichen Rückfall in alldeutsche Gedankengänge darstellt. Es wird auf den Austritt Argentiniens aus dem Völkerbund hingewiesen und im Zusammenhang damit der Satz von einer „durch List herbeigeführten Waffenstreckung" geprägt. Erstaunlich erscheint uns dieser Rückfall in alldeutsche Gedankengänge deswegen, weil ja der „Vorwärts" seit einigen Monaten, ebenso wie wir es schon seit dem 9. November gemacht haben, den Nachweis zu führen verstanden hat, daß das deutsche Heer ganz regelrecht militärisch besiegt worden ist, und zwar nicht zuletzt durch die erschreckende Unfähigkeit des deutschen Generalstabs und des ganzen deutschen politischen und militärischen Systems, welches am 9. November seinen verdienten Zusammenbruch erlebt hat.

Der „Vorwärts" hat noch bis in die letzte Zeit hinein ebenso wie wir zahlreiche Dokumente dafür erbracht, daß das deutsche Heer nicht siegen konnte. Noch am 9. November brachte er in einem Artikel Auszüge aus dem Buche des Generals Bernhardi, durch die unzweideutig nachgewiesen wurde, daß die Niederlage des deutschen Heeres schon im April 1918, also nach der mißlungenen großen Märzoffensive, todsicher feststand. Woher kommt nun plötzlich die Entdeckung, daß Deutschland durch List zur Waffenstreckung veranlaßt worden sei? Diese Auffassung läuft doch letzten Endes auf den Dolchstoß-Schwindel hinaus, mit dem Ludendorff und die Seinen sich vor dem deutschen Volke rechtfertigen wollen.

Die Rechtssozialisten haben lange genug aus nationalistischem Hochmut das Geständnis der militärischen Niederlage nicht über die Lippen gebracht. Herr Ebert hat am 10. Dezember 1918 die Dolchstoßlüge mit den Worten, die er an die einziehenden Truppen richtete: „Kein Feind hat euch überwunden!" aus der Taufe gehoben. Unabsehbares Unheil ist daraus entstanden, daß dem deutschen Volke eingeredet werden konnte, die Revolution wäre schuld an der Niederlage. Wenn der „Vorwärts" jetzt wieder fortfahren wird, die Waffenstreckung sozusagen als einen Akt deutscher Gutmütigkeit und „welscher Tücke" hinzustellen, so besorgt er damit, abgesehen von der außenpolitischen Schädigung, nur die Geschäfte Ludendorffs und der politischen und militärischen Hochstapler aus dem alldeutschen Lager. Er nimmt ihnen die Verantwortung für die Niederlage ab und erleichtert damit ihren politischen Aufstieg.

Das Paradies der Schieber

Der Sekt fließt, die Kinder weinen

Das Elend der deutschen Kinder ist entsetzlich, und um es zu mildern, veranstaltet die Bourgeoisie eine Werbewoche. Sie merkt nicht, wie sehr sie sich damit selbst bloßstellt. Denn im strengen Gegensatz zu dem Kinderelend steht das Wohlleben der bürgerlichen Klasse. Hier ist keine Notlage, hier herrscht trotz Krieg und Teuerung Reichtum und Ueberfluß. Es ist beschämend für Deutschland, daß sogar die ausländische Presse auf diesen schrillen Gegensatz zwischen der Not der Kinder und dem Wohlleben der Reichen hinweisen muß. So stellt die Londoner „Times" fest, daß Deutschland im Jahre 1914 sechs Millionen Flaschen Champagner trank, während in diesem Jahre der Verbrauch zehn Millionen betrage. Weiter habe während der 113 Renntage dieser Saison Berlin 411½ Millionen Mark am Totalisator ausgegeben, während die Summe in der vorigen Rennzeit nur 202½ Millionen ausmachte. Die „Westminster Gazette", die diese Meldung aufgreift, fügt hinzu: „Das sind ganz unglaubliche Dinge. Wir können das Vorhandensein der hungernden Kinder nicht bezweifeln, aber wir können ebensowenig die Augen verschließen vor der Tatsache, daß **in Deutschland eine Klasse von Schiebern besteht, die schlimmer ist als in jedem anderen Lande Europas.** Die alten und neuen Reichen in Deutschland haben es im Kriege wie nachher an dem selbstverständlichsten Patriotismus fehlen lassen. Ihr Verhalten hat die Rationierung der Lebensmittel über den Haufen geworfen und droht jetzt die Gleichgültigkeit gegen allgemeine Not zu einem Kennzeichen für Deutschland zu machen. **Deutschland scheint leider aus dem Unglück nichts gelernt zu haben, jedenfalls wird es wenig Erfolg mit seinem Anruf an fremde Barmherzigkeit haben, wenn es solche Orgien der Verschwendung im eigenen Hause duldet.**"

In diesem Lichte erscheint dem Auslande das Deutschland, welches durch Revolution „erneuert" worden sein soll. Es ist zu einem Paradies für Schieber, Wucherer und Dividendenjäger geworden. Der gesteigerte Sektumsatz hat sich in dem gleichen Tempo entwickelt, wie das Dahinsterben der Kinder. Besser kann sich der Widersinn der kapitalistischen Gesellschaft kaum dokumentieren.

Die erste Sitzung des sächsischen Landtags

TU. Dresden, 7. Dezember.

Heute nachmittag 3 Uhr trat der neugewählte sächsische Landtag zum ersten Male zusammen. Ministerpräsident Buck begrüßte die Abgeordneten und übertrug dem bisherigen Volkskammerpräsidenten Fräßdorf die Erledigung der Tagesordnung, auf der als Hauptpunkt die Wahl des Direktoriums stand. Zum Präsidenten wurde Fräßdorf (Soz.) mit 92 Stimmen wiedergewählt. Zum 1. Vizevorsitzenden wurde gemäß der Stärke der Parteien der deutschnationale Abgeordnete Landgerichtsdirektor Wagner-Zwickau gewählt, zum zweiten Vizepräsidenten der deutschnationale Abgeordnete Reichsanwalt Bünger-Leipzig. Bei der Wahl der Schriftführer entspann sich eine kleine Kraftprobe zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Kommunisten. Fellisch (Soz.) beantragte, daß die Schriftführerposten nach der Stärke der Parteien verteilt werden sollten. Da die Kommunisten dagegen energisch Einspruch erhoben, wurde der Landtag um eine Viertelstunde vertagt. In der darauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Neukommunist Mucker zum 1. Schriftführer und der Kommunist Kranz zum 2. Schriftführer gewählt. Die übrigen vier stellvertretenden Schriftführerposten wurden durch Zuruf an die Demokraten, Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler verteilt.

Die leidigen Ministerreden

Dem Minister des Aeußeren sind am Montag von dem englischen und französischen Botschafter und von dem belgischen Gesandten drei im Wortlaut übereinstimmende Noten übergeben worden, in denen über die Reden des Reichskanzlers und Außenministers im besetzten Gebiet Beschwerde erhoben wird. Die Noten werden dem Reichskabinett zur Stellungnahme vorgelegt.

Wir haben an den Reden der Minister im besetzten Gebiet schon seinerzeit Kritik geübt. Wenn die Noten im Wortlaut vorliegen, wird das weitere darüber zu sagen sein.

Die Lage in Irland

London, 7. Dezember.

Aus Irland kommen beruhigende offiziöse Berichte. Es wird sehr stark auf eine Versöhnung der gutgesinnten Elemente auf beiden Seiten hingearbeitet. Im Gegensatz zu diesen Meldungen steht die Tatsache, daß in den letzten zwei Wochen in Dublin über 600 Verhaftungen stattgefunden haben. In der Nacht zum Montag wurden 100—200 Gefangene auf einem Torpedobootszerstörer nach Belfast gebracht, um dort in Frachtautos nach den Internierungslagern gebracht zu werden. Montagmorgen erfolgten wiederum zahlreiche Verhaftungen in Dublin, auch in anderen Städten dauern sie an.

Arthur Henderson, der Vorsitzende der von der englischen Arbeiterpartei zur Untersuchung der Lage in Irland eingesetzten Kommission, ist gestern nach London zurückgekehrt. Er erklärte, der starke Wunsch nach Frieden sei noch nie unter allen Klassen Irlands so verbreitet gewesen wie augenblicklich. Henderson trat nachdrücklich für die Einleitung offizieller Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes ein.

Das Oberhaus hat der Regierung eine fühlbare Niederlage bereitet. Lord Salisbury schlug vor, daß die Regierung ein Datum festsetzen solle, wann die etwaigen Nord- und Südparlamente für Irland in Kraft treten sollen und wann die Autorität der Krone durch ein Kronkolonieinstem gesichert werde. Die Regierung erklärte sich gegen den Vorschlag, aber das Oberhaus nahm ihn trotzdem an.

Preußische Landesversammlung

Vor der Tagesordnung wurden 10 kleine Anfragen von der Regierung beantwortet, darunter eine solche unseres Genossen Richter-Lichtenberg wegen Maßregelung der Oberlehrerin Banten in Spandau. Die Regierung antwortete, daß keine Maßregelung erfolgt sei, die Betreffende sei noch im Dienst.

Beim Etat der Domänenverwaltung sprachen alle Redner der Parteien; alle gingen aber vorsichtig der neuen Situation aus dem Wege, die durch den Zusammenstoß des preußischen Landwirtschaftsministers mit dem Minister Hermes im Reichstag geschaffen wurde, und erklärten, daß sie beim Landwirtschaftsetat darauf zurückkommen würden. Unser Redner, Genosse Klausner-Storkow, nahm sich besonders der kleinen Ansiedler an, die heute ohne technische Hilfe einfach in bitterste Not geraten seien und zum Arbeitstier erniedrigt werden. Er sprach sich für Bereitstellung von Mitteln zur Selbstbewirtschaftung der Domänen aus.

Folgende vom Ausschuß abgelehnte Anträge der U. S. P.-Fraktion

„Die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Pachtschutzordnung so abgeändert werde, daß unbillige Erhöhung der Zinsen vermieden,

2. die Ausführungsbestimmungen in demselben Sinne umgehend abgeändert,

3. die Domänen auch der abgeänderten Pachtschutzordnung unterstellt werden",

wurden im Plenum angenommen. Abgelehnt dagegen wurde gegen alle Stimmen mit Ausnahme der U. S. P. unser Antrag

„die staatlichen Domänen sind in eigene Bewirtschaftung zu nehmen".

Richtigstellung. In dem Artikel über die Lohnbewegung des Luftverkehrs und der deutschen Flugzeugindustrie durch die Entente sind einige Druckfehler enthalten. Die Entente hat für das verschobene Flugzeugmaterial nicht 20, sondern 50 Millionen Mark Schadenersatz erhalten. Außerdem heißt der Verfasser des von uns zitierten Artikels nicht Mayer, sondern Meyer.

Die Tragödie von Mechterstedt. Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer veranstaltet am Freitag, den 10. Dezember, abends 7½ Uhr, anläßlich des Zivilprozesses gegen die Marburger Studenten in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums in Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße, eine öffentliche Kundgebung. Redakteur Henning-Duderstedt referiert über „Die Tragödie von Mechterstedt und Karl Vetter", sprechen über das Thema: „Marloh, Paasche — wo bleibt die Sühne?" **Der Eintritt ist frei.**

Der Lieferungsstreik der Landwirte

Deutscher Reichstag

43. Sitzung, Dienstag, den 7. Dezember.

Zu Beginn der Tagung wurde eine Reihe kleiner Anfragen erledigt. Auf die Anfrage des Abgeordneten Sauerbrey (U. S. P.), die eine Erhöhung der Renten der Friedensrentenempfänger verlangt, die vor 1914 im Militärdienst beschäftigt wurden, erklärte die Regierung, daß die Angelegenheit durch ein in Vorbereitung befindliches Gesetz geregelt werden solle. Das Rayonsteuergesetz geht an den Steuerausschuß.

Zum Gesetzentwurf über die Erhöhung der Kinderzulagen der Beamten stellt Präsident Löbe fest, daß trotz einer schon stattgefundenen Vorbesprechung die Beratung noch nicht stattfinden kann, da eine Anzahl neuer Anträge erst gedruckt werden muß. Die 2. und 3. Lesung wird aber noch in dieser Woche erfolgen.

Darauf folgt Fortsetzung der Aussprache über den

Etat des Reichsernährungsministeriums.

Dazu ist eingegangen ein Antrag Aderhold (U. S. P.) auf Einsetzen eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der gegen den Minister Hermes erhobenen Vorwürfe. Ferner ein Antrag Müller-Franken (Soz.), der einen Gesetzentwurf zur Uebernahme der Kunstdüngerproduktion auf das Reich fordert.

Abg. Blum (Z.) bedauert eingangs die gestrigen Vorgänge, die den Eindruck mangelnder Ruhe und Würde hervorgerufen hatten und zur Erschütterung der Reichsautorität beizutragen geeignet waren. Redner billigt dann in breit angelegten Ausführungen die Politik des Reichsernährungsministeriums, insbesondere in der Frage der Lockerung der Zwangswirtschaft und in der Auflösung der Kriegsgesellschaften.

Abg. Krüger (D. Nat.) nimmt Stellung gegen die gewissen, sachlichen persönlichen Angriffe, die der Abgeordnete Braun als preußischer Landwirtschaftsminister gegen Minister Hermes vorgebracht hat und meint dazu, es wäre an der Zeit, solchen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten und eine Regierung zu schaffen, die es versteht, die gesunkene Autorität wieder zu heben. Redner wendet sich dann aufs Schärfste gegen die Sozialisierung der Düngemittelindustrie.

Abg. Dusche (D. Vp.) ergeht sich in einer scharfen Kritik über die Angriffe Braun gegen Hermes und spricht letzteren das Vertrauen aus.

Genosse Dr. Hertz:

Unser Redner legte zunächst **Verwahrung gegen das Auftreten Fehrenbachs** in der gestrigen Sitzung ein. Der Reichskanzler hat durch seine Drohworte einen Eingriff in die Rechte der Abgeordneten vorgenommen, der unbedingt zurückgewiesen werden muß. Jeder Abgeordnete hat unter dem parlamentarischen Regime das Recht und die Möglichkeit, Minister zu werden, ohne daß dadurch seine parlamentarischen Rechte als Abgeordneter eingeschränkt werden. Wenn der Reichskanzler die Frage aufwirft, wie eine gesunde Reichspolitik getrieben werden könne, wenn die Autorität im Reich und im größten Staate des Reiches, durch Angriffe eines Abgeordneten, der zugleich Ministerpräsident ist, erschüttert wird, so muß demgegenüber betont werden, **daß nichts die Autorität des Staates so herabgewürdigt hat, wie das Verhalten des Ernährungsministers Hermes.** Und weiter wird die Autorität des Staates erschüttert durch die Tatsache, daß sich der Reichskanzler und die gesamte Reichsregierung schützend vor diesen Minister gestellt haben.

Die Untersuchung im Haushaltungsausschuß war von der höchsten Einseitigkeit diktiert. Meine Fraktion hat den bereits vor einigen Wochen gestellten Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bei diesem Etat wieder eingebracht. Die Anschuldigungen, die im Ausschuß und in der gestrigen Sitzung gegen den Reichsernährungsminister erhoben worden sind, machen seine Einsetzung unbedingt notwendig. **Wer sich dem widersetzt, muß den Vorwurf auf sich nehmen, daß er die parteiische und einwandfreie Feststellung des Sachverhalts nicht wünscht.** (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Etwas anderes wäre es, wenn der Reichsernährungsminister Gelegenheit nehmen würde, den Vorwurf der niederträchtigen Verleumdung, der ihm öffentlich von dem Staatssekretär Ramm ins Gesicht geschleudert ist, zum Gegenstand einer Klage zu machen. Die Politik des Ernährungsministers zeigt, daß er sich unter dem Druck agrarischer Kreise zu Zugeständnissen veranlaßt gesehen hat, die er bei Erwägung der Interessen der Allgemeinheit nicht hätte vornehmen dürfen. Bei der Freigabe der Oelsaaten stiegen die Preise von 2000—2200 auf 7000—7700 Mark die Tonne. Im Einverständnis mit dem Finanzministerium hat der Reichsernährungsminister einem Teil der Landwirte, die ihre Erzeugnisse bereits abgeliefert hatten, eine

Sondervergütung im Betrage von 48,3 Millionen Mark

ausgezahlt. Und das geschieht in einem Augenblick, wo die Regierung erklärt, daß sie einer Erhöhung der Sätze für die 450 000 unterstützten Arbeitslosen, die noch nicht einmal diesen Betrag ausmacht, nicht zustimmen könne.

Der Abbau der Zwangswirtschaft ist durchaus planlos erfolgt, ohne die Wirkung auf die einheimische Erzeugung und die Einfuhrpolitik zu berücksichtigen. Wir sind keine grundsätzlichen Anhänger der Zwangswirtschaft, aber was die Zwangswirtschaft während des Krieges notwendig gemacht hat, und was sie gegenwärtig für eine gewisse Zeit noch als unentbehrlich erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß durch sie ein gewisser

Schutz der Konsumenten

ausgeübt wird. Die Befürworter des Abbaues der Zwangswirtschaft haben die Behauptung aufgestellt, der Abbau der Zwangswirtschaft sei ein Anreiz zu erhöhter Produktion. Wir haben aber immer konstatieren können, daß die Steigerung der Produktion und des Anbaues der Früchte, die im Ablaß freigegeben wurden, auf Kosten des Anbaues anderer Erzeugnisse ging. Im Ausschuß hat der Reichsernährungsminister selbst auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die die Freigabe der freien Bewirtschaftung nach sich ziehen würde. **Trotzdem stimmte der Reichsminister der Aufhebung der Fleischbewirtschaftung zu, obwohl er selber einige Wochen vorher darauf hingewiesen hatte, daß unabsehbare Gefahren für die Brotgetreideversorgung daraus entstehen würden.** Was jetzt durch die Freigabe der Fleischbewirtschaftung eingetreten ist, das ist die gewaltige und umfangreiche

Verfütterung von Brotgetreide,

die ohne diese Aufhebung nie möglich wäre.

Gegen dieses Vorgehen der landwirtschaftlichen Kreise kennt der Reichsernährungsminister keine anderen Maßnahmen als die Mahnung an die Landwirte, daß sie abliefern sollen. Wie diese Mahnung befolgt wird, zeigt die Tatsache, daß z. B. im Kreise Pyritz die Ablieferungspflicht für Brotgetreide für das Erntejahr 1920/21 auf 238 627 Doppelzentner festgesetzt worden ist; abgeliefert waren bis zum 15. November 23 618 Doppelzentner (Hört, hört bei der U. S. P.) also noch nicht einmal der zehnte Teil der ablieferungspflichtigen Menge.

Es ist nicht die Folge des Widerstandes einzelner Landwirte, die die Verzögerung in der Ablieferung verursacht, sondern es ist ein ganz systematisches, von manchen Stellen in der Landwirtschaft durchaus gefördertes Bestreben, die Ablieferung überhaupt zu verhindern. Beamte der Reichsgetreidestelle, also amtliche Persönlichkeiten, teilen aus Hinterpommern mit, daß die Nichtablieferung des Getreides auf

die Agitation des Landbundes

zurückzuführen ist und daß im Kommunalverband Pyritz von den Landwirten offensichtlich der Drusch verhindert wird. (Lebhafte Rufe Hört! hört! bei der U. S. P.) Auch in Bayern sind unter den Orgeschleuten Bestrebungen im Gange, die Landwirte zur Zurückhaltung des Getreides zu bewegen und zwar aus politischen Motiven. Im März dieses Jahres ist nach dem Kapp-Putsch unter der Mitwirkung der Zentrumspartei und der Demokratischen Partei eine Vereinbarung zustande gekommen, die eine bessere Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugung sichern soll und zu diesem Zweck die Gründung von Lieferungsverbänden vorsieht. Als wir diese Vereinbarung im Haushaltsausschuß als Antrag wieder aufgenommen haben, wurde er von allen bürgerlichen Parteien und auch von den beiden Parteien abgelehnt, die damals ihr Ehrenwort abgegeben hatten, für die Erfüllung dieser Verpflichtung innerhalb ihrer Fraktionen zu wirken. Die heutige Haltung des Reichsernährungsministers steht auch vollkommen im Widerspruch mit seiner Haltung vor acht Monaten. **Die Erklärung dafür liegt in der Tatsache, daß er sich bei seinem Antritt als Minister dem Widerstand der gesamten agrarischen Kreise gegenübersah.** Diesen Widerstand wußte er durch kein anderes Mittel zu brechen als durch ein

rückgratloses Nachgeben

gegenüber den Forderungen der Landwirte.

Nur noch wenige Worte zur **Frage der Düngemittel.** Ich stimme im allgemeinen den Ausführungen des Abg. Braun durchaus zu. Es ist doch ein sehr interessantes Zeichen, daß gegenwärtig die Linke des Hauses die planmäßige und ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln propagiert und die rechte Seite sich dem mit aller Entschiedenheit widersetzt. Die Ursachen dafür sind sowohl in der Denkschrift des Herrn Abg. Braun angedeutet, wie sie auch aus dem Beschluß des Reichswirtschaftsrates, der heute in der Presse veröffentlicht worden ist, zu erkennen sind. Darin wird **mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Versorgung mit Düngemitteln sogleich eine Regelung der Preise und eine Regelung der Verteilung bedeute.** Meine Freunde sind der Meinung, daß bei der Bewirtschaftung der Düngemittel ein ähnlicher Organisationsaufbau geschaffen werden muß, wie er in dem Vorschlag der Sozialisierungskommission für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorgesehen ist.

Es besteht aber auch ein inniger Zusammenhang zwischen der Haltung des Ernährungsministeriums und der Düngemittelindustrie. Aus der bereits erwähnten Denkschrift geht hervor, daß damals bereits Herr Hermes seine Aufgabe darin gesehen hat, der planmäßigen Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln entgegenzuwirken, zum

Schaden des Reiches und der Allgemeinheit,

und daß ihn auch heute ähnliche Absichten leiten, wenn er einen Plan vorschlägt, nach welchem die Landwirtschaft nicht voll mit Düngemittel versorgt wird, während **Düngemittel an das Ausland abgegeben werden,** die die einheimische Landwirtschaft nötig braucht.

Die Ernährungsschwierigkeiten sind nicht eine Folge der Revolution, sondern eine Folge des Krieges, der eine ungeheure Zerstörung in der Produktionskraft der Landwirtschaft herbeigeführt hat. Alle Versuche, auf dem Boden der heutigen Wirtschaft die Ernährungsfrage grundsätzlich zu lösen, müssen scheitern. Eine durchgreifende Erhöhung der Erzeugung kann nur erreicht werden durch die **Sozialisierung von Grund und Boden,** durch die **Sozialisierung der Landwirtschaft.**

Reichsernährungsminister Dr. **Hermes** wendet sich vor allem gegen die Darstellung des Falles Ramm-Augustin. — Redner verteidigt dann nochmals die Aufhebung der Zwangswirtschaft besonders für Fleisch. Wir kommen nur dann zu einer Steigerung der Erzeugung, wenn wir die Zwangswirtschaft abbauen, dem hat auch jüngst der Landwirtschaftsminister Braun Ausdruck verliehen, als er erklärte, daß die Zwangswirtschaft hemmend auf die Produktion einwirke. Redner wendet sich dann gegen die persönlichen Ausführungen des Abg. Hertz.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, den 9. Dezember, 2 Uhr. 2. Beratung des Reichshaushaltes. — Fortsetzung der heutigen Aussprache; Abkommen mit der Schweiz.

Kommunistischer Parteitag

Das Gewerkschaftsproblem

Die hastige Schlußtagung des kommunistischen Parteitages brachte mit Brandlers Referat über „Gewerkschaften und Betriebsräte" diese wichtigste, augenblicklich im Vordergrunde der Diskussionen stehende Frage zur Erörterung. Zugegeben sei, daß Brandler und auch die ihm folgenden Diskussionsredner mit aller Entschiedenheit für das Verbleiben in den Gewerkschaften eintraten. Was Brandler sonst an sachlichen Momenten vorbrachte über die Notwendigkeit der Umstellung der Gewerkschaften zum revolutionären Kampf, über die Lohnpolitik der Gewerkschaften, ist alles zu unterschreiben, ist vor allem längst schon gesagt und getan worden von den Unabhängigen in den Gewerkschaften. Die Schaffung von Industrieverbänden an Stelle der Berufsorganisationen, diese Forderung wird bereits seit zwei Jahren von uns erhoben und da, wo die Voraussetzungen bestehen, auch verwirklicht. Wir Unabhängigen haben mit aller Kraft dahin gewirkt, die Gewerkschaften aus der reformistischen Kriegsduselei auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zurückzuführen. Wir Unabhängigen haben zuerst und mit Erfolg in das Bollwerk der „verknöcherten Gewerkschaftsbureaukratie" Bresche gelegt. Und was hörte man von Brandler? Dieselben Klänge. Nur mit dem Unterschied, als hätten die Kommunisten diese Aufgaben neu entdeckt, als seien die „Rechtsunabhängigen" die Leute, die daran schuld trügen, daß die Gewerkschaften noch nicht revolutionär seien. Für die Kommunisten werden alle diese Dinge, die sich nicht einfach übers Knie brechen lassen, sondern der Entwicklung bedürfen, sobald der Anstoß erst einmal gegeben ist, Partei- oder Personenfragen. Die Sozialisierung wird ihnen zum Hilferding-Scheidemann-Stinnes-Schlagwort, die Gewerkschaften zur Legien-Dißmannschen konterrevolutionären Bureaukratie.

Welcher Widersinn, welche ungeheure Gefahr liegt doch in dieser gewaltsamen Knebelung der Probleme. Statt sie aufzurollen in ihrer ganzen Größe, alle Möglichkeiten und Schwierigkeiten aufzuzeigen, alle Kräfte zusammenzufassen, um Grundlagen für ein Weiterschreiten überhaupt zu bekommen, wird einfach alles, was bis jetzt geleistet wurde, heruntergerissen. Die ganze Bewegung soll künstlich in neue Bahnen gedrängt werden, die dem Stande der realen Möglichkeiten nicht entsprechen. Es ist ja vollkommener Unsinn, zu sagen, die Revolution erheische dies. Die Revolution erfordert Einstellung auf den Kampf um Ziele, die sich aus dem Abwägen der Situation ergeben.

Wir sprechen es ganz offen aus: Mag man auch noch so sehr die Absicht beteuern, die Einheit der Gewerkschaften erhalten zu wollen, die Handlungen der Kommunisten werden andere Folgen zeitigen. Die Gewerkschaftsbewegung ist keine Parteibewegung, kann nicht verglichen werden mit ihr. Sie wird die Minierarbeit der Kommunisten nicht ertragen und auseinanderfallen. Die Kommunisten täuschen bewußt die Arbeiterschaft, wenn sie die Oppositionsarbeit der Unabhängigen ihrem Zellenbetrieb gleichsetzen. Die Unabhängigen haben innerhalb der Gewerkschaften gewirkt im Rahmen des Aufgabenkreises, der den Gewerkschaften gesteckt ist. Sie haben nie und nirgends bei ihrer Oppositionsarbeit dem ureigensten Charakter der Gewerkschaften entgegengewirkt. Daher auch ihr Erfolg. Die Kommunisten aber tun das Gegenteil. Sie wollen die Gewerkschaften den Interessen ihrer Partei dienstbar machen. Sie hetzen die Massen der Gewerkschaftsmitglieder auf ihre Führer, vermeiden jede sachliche Auseinandersetzung, sondern arbeiten mit Beschimpfungen und Verleumdungen. Sie werden, wie sie das auch ankündigen, jede gewerkschaftliche Aktion durchkreuzen, kurz, es wird sich dasselbe wiederholen, was wir an der Parteibewegung erlebt haben.

•

In der Diskussion über das Brandlersche Referat erhält auf Antrag Rusch eine halbe Stunde Redezeit. Er wendet sich gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dessen Aktion für die Sozialisierung des Bergbaues. Seine weiteren Ausführungen gelten den Arbeitsgemeinschaften, ohne daß er irgend etwas Neues zu diesem Thema sagt. Er begrüßt die vorliegenden Leitsätze für die Arbeit in den Gewerkschaften. — Weber-Pfalz meint, wenn man diese Leitsätze annehme und nach ihnen wirke, dann brauche man die Zellen nicht mehr. Ihm tritt Neumann-Berlin entgegen, der darauf hinweist, daß die Rechtssozialisten und die Rechtsunabhängigen ebenfalls Parteipolitik in den Gewerkschaften trieben. Die Bildung von Zellen, wie sie dem § 12 der Leitsätze entsprechen, sei die wichtigste Angelegenheit. — Rugs-Neuß: Brandler habe kein klares Bild gegeben, wie man sich in den einzelnen Fällen zu verhalten habe. Die Gewerkschaften böten immer noch das Bild der Zersetzung. Die Kommunisten könnten es nicht zulassen, daß immer mehr Mitglieder wie Ratten das sinkende Schiff verließen. — Pieske-Berlin: Man lege zuviel Wert auf die Taktik, die den Unabhängigen das Genick gebrochen habe. Einzelpositionen nützen nichts, denn die seien immer abhängig von den Zentralinstanzen. — Schönlank weist auf die Verhältnisse im Rhein-Ruhrgebiet hin, wo im Bergbau drei verschiedene Richtungen der Arbeiterschaft sich in gegenseitigem Kampfe gegenüberstehen. Er beschäftigt sich insbesondere mit der Arbeiter-Union und tritt für die Vereinigung der Union mit dem alten Bergarbeiterverband ein. Jeder Genosse sei verpflichtet, in den Gewerkschaften auszuharren.

In seinem Schlußwort geht Brandler auf die Frage der Union ein. Er schildert deren Entstehung, die durch das Im-Stich-Lassen der im Kampf um die Sozialisierung stehenden Bergarbeiter durch die Gewerkschaftsbureaukratie hervorgerufen sei. Er stimmt Schönlank zu, daß für die neuen Kampfsituationen eine Vereinigung aller revolutionär kämpfenden Bergarbeiter unbedingt notwendig sei. Wie das geschehe, sei ganz egal und nicht vorher zu bestimmen. Ein festes Rezept für die Stellungnahme in allen Lagen gäbe es nicht, da müsse sich jeder nach seiner kommunistischen Einsicht und Ueberzeugung einstellen. Er verteidigt die Bildung der Zellen. Darüber dürfe es keine Diskussion mehr geben. — Die vom Referenten vorgelegten Leitsätze über die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften werden mit geringen Abänderungen angenommen.

Nunmehr spricht Klara Zetkin über „Die Frauenfrage". Sie führt aus: Die Frauenfrage sei keine Frage an und für sich, sondern nur ein Teil der großen sozialen Frage, und könne nur im Zusammenhang damit gelöst werden. Einzig und allein die kommunistische Ordnung beseitige das Eigentum und eröffne so der Frau den Weg in die Gesellschaft und ihre Kulturarbeit. Deshalb ist die Frau verpflichtet, mit voller Kraft für den Kommunismus zu kämpfen. Was trennt denn die kommunistische Frauenbewegung von der der Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen? Sie wird durch alles das getrennt, was das Gebot der Stunde erheischt. Die Rednerin schildert die Hineinschleuderung von Millionen Frauen in das Wirtschaftsleben während des Krieges, auf deren Schultern auch die ganze Last der Wirtschaft geruht habe. Man müsse dafür sorgen, daß die Frau über das Interesse an ihrer nächsten Umgebung hinausgeführt werde zum Interesse für die Allgemeinheit der Klasse. Ueberall müßten die Frauen an erster Stelle mit stehen. Klara Zetkin schildert die Frau im Lichte des Arbeitslosenproblems. Das Herausstoßen der Frau aus dem Wirtschaftsleben zeuge für die Greisenhaftigkeit des Kapitalismus. Das gewaltige Anschwellen der Prostitution beweise das ebenfalls. Dieses ganze System werde gehalten von der Gewerkschaftsbureaukratie und den mit ihr verbundenen politischen Parteien. Auch sie seien für niedrigere Erwerbslosenunterstützung der Frauen als der Männer. Die gesellschaftliche Mitarbeit der Frau verbürge eine qualitativ höhere Leistung. Die Frauen müßten vorbereitet werden, um den Kampf für die Diktatur des Proletariats an der Seite der Männer auszufechten. Nicht bloß zu wissen, sondern zu handeln gelte es. Die kommunistische Partei solle eine Partei der Tat werden im internationalen Maßstab. Die Reife ist da, wenn das Proletariat es will. Der betätigte Wille zur Macht sei der Beweis für die Reife. Der Kapitalismus und sein Staat herrsche nicht mehr durch ihre eigene Stärke, sondern durch euer mangelndes Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen. (Beifall.) Lernen wir von der russischen Revolution. Sie hat uns gezeigt, wie der schaffende Wille über die Trägheit der Materie siegt. Die Frauen sind es in Rußland, die den Aufbau der Sowjetmacht in Rußland ermöglichen. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion wendet sich Berta Braunthal gegen die Absichten der bürgerlichen Frauen, das Verbot des Verkaufs von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis aufrechtzuerhalten und bringt einen dementsprechenden Antrag ein. — Die weitere Diskussion unterstrich die Ausführungen der Referentin. Ganz besonders kam zum Ausdruck der Kampf gegen die Kirche. In ihrem Schlußwort tritt Klara Zetkin für den Antrag Braunthal gegen die Aufrechterhaltung der Gesetzesbestimmungen über das Verbrechen gegen das keimende Leben ein und fordert zur Annahme der Richtlinien über die Frauenbewegung auf. Die kommunistische Frauenbewegung unterscheide sich von der Frauenbewegung der beiden anderen sozialistischen Parteien dadurch, daß sie revolutionär sei, während jene reformistisch und opportunistisch seien. Der Kommunismus wolle einen neuen, einen besseren, einen tatkräftigeren Menschen schaffen. — Die Richtlinien werden darauf einstimmig angenommen.

In der darauffolgenden Wahl der zentralen Körperschaften werden Ernst Däumig und Paul Levi einstimmig zu Vorsitzenden gewählt. Als Sekretäre werden ebenfalls einstimmig gewählt: Klara Zetkin, Wilhelm Koenen, Heinrich Brandler, Pieck, Otto Braß, Remmele und Walter Stoecker. Als Beisitzer: Adolph Hoffmann, Thalheimer, Heckert, Geyer, Gaebel. Als Leiterin der Reichsfrauenzentrale wird Berta Braunthal gewählt. Dann wird der Zentralausschuß nach den Vorschlägen gewählt.

Klara Zetkin begründet eine Resolution zugunsten der polnischen Revolutionäre, die einstimmig angenommen wird. Eine weitere Resolution, die den kämpfenden Beamten Sympathie und Mithilfe ausspricht und ihren Kampf als politischen Kampf bezeichnet, wird angenommen. Der Antrag auf Schaffung eines Beamtenbeirates wird der Zentrale überwiesen.

Pieck feiert in seiner Schlußansprache die Arbeit des Gründungsparteitages. Es gelte aber noch viel größeres zu leisten, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Die Verhältnisse schreien nach Aktionen, es ist hohe Zeit, daß wir die Massen zu Taten führen. Sowjet-Deutschland und Sowjet-Rußland würden gemeinsam den Weltkapitalismus stürzen. — Der Parteitag schließt mit einem Hoch auf die Weltrevolution und dem Absingen der Internationale.

Aus dem bayrischen Paradies. In München fand vor dem sogenannten Volksgericht eine Verhandlung gegen den linksradikalen Lehrer Auweck wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Hochverrat statt. Sie endete mit der Freisprechung des Angeklagten, weil das Gericht annahm, daß der Angeklagte die verschiedenen Klassen der Bevölkerung gegeneinander „aufgereizt" hat, aber die Oeffentlichkeit der fraglichen Versammlung nicht feststand. Das Urteil wird dem Kahr sicher nicht gefallen. Standgerichte urteilen schneller und besser.

Das Ende eines Abenteuers. Aus Warschau wird gemeldet: Die Streitkräfte Balachowitschs wurden über die polnische Grenze gedrängt und entwaffnet. Balachowitsch befindet sich leicht verwundet in Warschau.

DRAGOL Eau de Cologne-SEIFE

Erstklassige, bevorzugte Qualitätsmarke von, die Gesichtshaut verjüngender, die Kopfnerven belebender, wohltuender Wirkung.
Zur Pflege von Haar, Haut, Mund und Zähnen sind ferner hervorragend bewährt die weiteren Dragol-Spezialitäten: **Dragol-Gold, Dragol-Smaragd, Dragol-Teershampoon, Dragol-Hautcreme, Dragol-Altlavendelwasser, Dragol-Nagellack, Dragol-Mundwasser** und **-Zahnpasta.** – Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.

Dragol-Ges. Goetze & Co., Dresden-A. 24.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
3 Uhr: Vorstellung d. Klassischen Theaters: Kabale und Liebe
7 Uhr: **Käthchen von Heilbronn**

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: **Perikles v. Tyrus**

Proletarisches Theater
Pharussäle, Müllerstraße 142
Donnerstag, 9. Dez., abds. 8 Uhr
Prinz Hagen
von U. Sinclair.

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr:
IV Sinfonie-Konzert
Schauspielhaus
8½ Uhr:
Maria Stuart

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: Der Arzt am Scheideweg
Kammerspiele
7 Uhr: Er ist an allem schuld
Die Spieler
Der Heiratsantrag
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
8 Uhr: Jedermann

Theater i. d.
Königgrätzer Str.
7½ Uhr: Erdgeist
Donnerstag: Rausch
Freitag: Frau Margit
Komödienhaus
7½ U.: Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg
Berliner Theater
Täglich 7 Uhr:
Die spanische Nachtigall
mit
Fritzi Massary
(Erik Wirl, Hans Waßmann, Emmy Sturm, Olga Engl)

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Kren
7 Uhr:
Die Csikósbaroness
Operette in drei Akten nach einem Motiv Petöfis von Fritz Grünbaum.

Rose-Theater
7½ Uhr:
Der Erbförster
3½ Uhr: Schneewittchen

Walhalla-Theater
Täglich 7½ U.: **Kasteibinder**
(Alfred Läutner a. G.)

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
Täglich 7½ Uhr:
Hoheit die Tänzerin

Th. am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Aschenbrödel
7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht ...**
Stg. nachm. Der Vielgeliebte

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
7 Uhr: Zum 1. Male:
Amphitryo
Komödie in einem Vorspiel und drei Akten von Molière
Donnerstag 7½: Flamme
Freitag 7½: Amphitryo

Deutsch. Künstl.-Theater
Wochentäglich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)
Sonnabend 3: Zum 1. Male Fitzlipütz, der Himmelsschneider

Residenz-Theater
Heute nachm. 4 Uhr, kl. Preise:
Rotkäppchen
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
Donnerstag 4 Uhr, kleine Preise:
Schneewittchen

Trianon-Theater
Heute nachm. 4 U., kleine Preise:
Struwelpeter
Täglich: 7½ Uhr:
Kammer-Musik
Carl Clewing, Ingeb Bors, Olga Limburg, Hans Albers
Donnerstag 4 Uhr, kleine Preise:
Max und Moritz

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 31 Ehf. Jannowitzb.
Täglich 7.30 U.: **Gala-Sänger**

½8 **Casino-Theater** ½8
Der Fehltritt einer Frau
Sonntag 3½ U.: Cousin Emil

½8 **Folies Caprice** ½8
Sanatorium Steinach
Der geborene Siegfried
mit Ferd. Gräneker.

Theater a. Kottbuser Tor
Tägl. 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Ab 1. 12. das große
Weihnachts-Programm!
Vorverkauf: 11–1½ u. 4–6 U.

APOLLO
Friedrichstr. 218
Auftreten **Kapitän Hansen** mit seinen dressierten
Seelöwen
und die übrigen Dezember-Sensationen!!!

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Tägl. Gr. Ball
für die ältere Jugend.
Nur Rundtänze.
Dienstags: Gratis-Verlosung
Donnerstags: Prämiierung
Anfang 6 Uhr

METROPOL
Varieté-Kabarett
Behrenstraße 54.
Anfang präz. 7½ Uhr:
Riesen-Weihnachts-Spielplan

Lutherstr. 22/24.
Sensationelle Tricks
Fabelhafte Ausstattung
Ballet Gerard in höchster Vollendung
Vorverkauf a. d. Kasse 10–2 Uhr, A. Wertheim und Invalidendank.
Stg. 3½ U., halbe Preise

Schlafzimmer
eichenes, Spiegelschrank, Marmortoilette mit Facettespiegel, Nachttische, Bettstellen mit Stahlmatratzen, Rohrstühle 3850,–; dasselbe weiß lackiert 3800,–. Herrenzimmer 2 m Bibliothek komplett 4650,–. Speisezimmer gediegene Ausführung mit 6 echten Lederstühlen 4250,–. Kücheneinrichtung 875,–. Klubgarnituren 4000,–, nußbaum Standuhren 1200,–. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preisen.
Hans Lennert
Berlin N, Lothringer Str. 55
am Rosenthaler Platz.

PELZE
Sport-, Auto-, Gehpelze
Gelegenheiten
Großes Lager
Maßanfertigung schnellstens, elegant und billig.
Ottern-Pelzfutter-Sealmäntel, Persianermäntel, Maulwurfmäntel.
Sie finden, was Sie suchen, gut und billig.
Blauer Bazar
Kaiser-Wilhelm-Str. 16
Alexanderplatz.

Sozialistische Literatur
Schöne Literatur
Geschenk-Werke
Klassiker
Jugend-Schriften
Bilder-Bücher

★

Kauft man am besten u. billigsten
in der
Buchhandlung Freiheit
Berlin C2, Breite Str. 8-9

Bücher-Ausstellung
Geöffnet bis 7 Uhr abends
Versand auch nach auswärts

Möbel auf Bar oder Kredit
zu den billigsten Preisen und leichtesten Bedingungen. – Liefere auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide und Emaille kauft jeden Posten
Elektrobüro, Grüner Weg 100.

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe ○ Knöpfe
Konfektion
für Damen und Mädchen
Maßanfertigung
Herabgesetzte Preise!
C. Pelz
5 Kottbuser Straße 5

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse sehr preisw.
Damenpelzkragen von 40 an
Rotfuchskragen von 170 an
Pelzfutter für Mäntel von 150 Mk. an
Herrenkragen von 85 an
Seal, Electric, Biberettekragen, Shawl u. Damenkragen aus Australisch. Opossum von 550 Mk. an
Pelzwarenhaus
A. Klass & Co.
Hackescher Markt
Rosenthaler Str. 40-41.

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 " 105 " "
333 " 65 " "
inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist tugenlos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe.
C 19, Seydelstraße 5
(Spittelmarkt).
Eigene Fabrikation.

Pelzwaren
aller Art
jetzt sehr billig!
Kreuzfüchse . v. 250 M. an
Iltis . . . . . v. 200 M. an
Alaskafüchse v. 195 M. an
Große Auswahl in sonstigen Pelzwaren. – Reparaturen innerhalb 8 Tagen
Poczter, Kürschnermstr.
Kottbuser Damm 13
– Nr. und Firma achten! –

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:

Der Schlosser
Gustav Roske
Dulzwerstr. 135, am 30. November
Der Revolverdreher
August Mattloschatt
Neukölln, Bodestr. 33, am 2. Dezember
Der Gürtler
Paul Biell
Wollinerstr. 168, am 3. Dezember
Der Installateur
Hermann Große
Charlottenburg, Sophie-Charlottestr. 111, am 3. Dezember
Die Arbeiterin
Anna Hauff
Proskauer Str. 10, am 1. Dezember

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Arbeitslose Achtung!

Branchenversammlungen

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Diskussion.

Für Bananschläger
am Donnerstag, den 9. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal, Linienstraße 83-85.

Für Schleifer und Galvaniseure
am Donnerstag, den 9. Dezember 1920, mittags 1 Uhr, im Sitzungssaal, Linienstraße 83-85.

Für Elektromonteure
am Freitag, den 10. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal, Linienstraße 83-85.

Für Drücker
am Freitag, den 10. Dezember 1920, mittags 12½ Uhr, im Sitzungssaal, Linienstraße 83-85.

Am Donnerstag, den 9. Dezember 1920, abends 7 Uhr, im Verbandshause, Linienstraße 83-85

Mitglieder-Versammlung

aller im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten jugendlichen Metallarbeiter und Lehrlinge.

Tagesordnung: 1. Der gewerbliche Jugendschutz und die Nachtarbeit. 2. Bericht von der Generalversammlung 3. Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung.

Am Freitag, den 10. 12. 1920, abends 5 Uhr, findet bei Wegner, Seydelstraße 31, eine

Versammlung

aller in den Schreibmaschinen-Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen statt.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband der Schreibmaschinen-Industrie. 2. Annahme ev. Ablehnung der gemachten Lohnerhöhung. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Auf Beschluß der Generalversammlung müssen in allen Versammlungen, die zur Politik unserer Gewerkschaft Stellung nehmen, alle Richtungen zu Worte kommen.

Die Ortsverwaltung.

Versicherungs-Verein
Auf Gegenseitigkeit
Behördlich genehmigt

Geschäftsstelle Berlin C2
Burgstr. 27
Tel. Norden 1071

Nach 1jähriger Mitgliedschaft Übernahme aller Bestattungskosten
47 000 Mitglieder

Außerordentliche Mitgliederversammlung
am Mittwoch, den 22. Dezember 1920, abends 6½ Uhr, in Sophiens-Säle, Sophienstraße 17/18, großer Saal.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme der Aufsichtsbehörde zu unserer beantragten Satzungsänderung. 2. Diskussion.
Ohne Mitgliedskarte oder Ausweis keinen Zutritt.
Der Vorstand.

Spezial-Arzt Dr. Thein für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Syphilis komb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im ältesten Kurinstitut „Löser" geöff. 9–1, 4–8, Stg. 9–1.
Dir.: Löser senior
Nur Rosenthaler Str. 69-70 Damen separat Rosenthaler Platz.

Spezialarzt
Dr. med. Kosten
f. Haut-, Harn-, Frauenleid. Schwäch., Beinkrank. Behandlg. schnell, sicher u. schmerzl. ohne Berufsstörung. Blutuntersuch. Fäden i. Harn usw.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus
Spr. 10–1, 5–8, Sonnt. 10–1. Teilzahl. Sep. Damenzim.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen
schnelle, sichere, möglichst schmerzlose Beseitigung ohne Berufsstörung. **Blutuntersuchung, Salvarsan-Kuren** usw. Bei veralteten und hartnäckigen Harnleiden wie Brennen, Reizungen usw.
Schmerzlose elektrische Durchleuchtung.
Dir. Andres, Berlin N 4, Invalidenstraße 147
Untersuchung und Auskunft kostenlos. 1. Etage, Ecke Bergstraße.
Sprechstunden vorm. 10–12 u. 4–8, Sonntags 10–12.

Spezial-Arzt Dr. Jaffe für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, Bestrahlungen mit Höhensonne, Blau- u. Finsen-Licht; in der Heilanst. „Löser", **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Korpulenz
Fettleibigkeit
beseitigen
Dr. Hoffbauer's ges. gesch.
Entfettungs-Tabletten
Vollkommen unschädlich, und erfolgreichstes Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Leicht bekömmlich!
Broschüre auf Wunsch!
Elefanten-Apotheke
Berlin SW. 101
Leipziger Straße 74
(Dönhoffpl.)

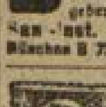
Vollständig geheilt
wurde ich, obwohl ärztliche Hilfe vergebens war, durch Ihr Spezialmittel v. meiner
Flechte.
So schreiben viele über den 30jährig bewährten Reichel's Flechtenbalsam M. 10. Zugleich innerlichen Kur Saltarin-Blutreinigungspulver M. 3,–. Ähnliche Schr. 8.75.
Otto Reichel, Berlin 46, SO., Eisenbahnstr. 4.

Kranke Frauen
erhalten unentgeltlich Auskunft über schnelle Befreiung von Blutarmut, Weißfluß, Schwächezuständen. Rückporto erbeten.
Frau Bertha Koopmann
Berlin 118, Potsdamer Str. 104

Spez.-Beh. nur für **Ischias**
in Hüft., Gesäß u. Bein. Da schm. Fälle in 15 Tagen beseit. m., hierüber unantastb. Heilerf., beisch. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, von 9–3. **Jacoby**

Bettnässen
Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
San.-Inst. Gg. Engibrecht
München 8 72, Kapuzinerstr. 9

Pelzmäntel
Seal, Electric, sowie Kreuzfüchse in billigster Preislage
Alexanderstraße 51-52, Chauss., Königstadt Nr. 3451.



Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10621.

Phorosan-Heilinstitut
für Haut- und Geschlechtskranke
Großbeerenstr. 67
Sprechstunde 11–2, außer Dienstag. Sonntag 10–12.
Gonorrhoe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphilis-Kur. Streng wissenschaftlich. Spez.-ärztl. Leitung. Sep. Zimmer. Kurdauer siehe Broschüre „Die Gonorrhoe und ihre Heilfaktoren". M. 2.–. Prosp. „H" gegen Porto.

Große Volksoper Berlin
Montag, 13. Dezember, abends 7½ Uhr
Neue Welt, Hasenheide 108/114
Heiterer Abend
(Oper und Operette) Blüthner-Orchester
Dirigent: **Ignatz Waghalter**
Solisten: **Berthe Stolzenberg, Eduard Lichtenstein**
Programm: Ouv. Lustige Weiber, Verkaufte Braut, Fledermaus. Arien, Duette aus Postillon, Barbier, Zar und Zimmermann, Fledermaus, Zigeunerbaron, Schöne Helena, Bettelstudent.
Karten 6.— bis 4.50 Bote & Bock, Wertheim. Konzertkasse Roding, Neukölln, Bergstraße 13.
Vorzugskarten 4.— bis 3.50 Zentr.-Verb. d. Angest., Belle-Alliance-Straße, Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße, Buchhandlung „Vorwärts", Lindenstraße, Arbeiterbuchhandlung, Annenstraße 1

Die soeben erschienene Nr. 48 der von Dr. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift

„DER SOZIALIST"

enthält folgende Beiträge:

Wiederaufbau oder Zerstörung von Rud. Breitscheid; **Der außerordentliche internationale Gewerkschaftskongreß** von Tony Sender; **Die Parteientragödie Deutschlands** v. Hugo Eberlein; **Der Weltbolschewismus** von L. Martow; **Der Völkerbund** von Leo Liebschütz; **Richtlinien sozialistischer Ethik** von Paul Kritsche; **Die Phantasie von der Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands** von Ludwig Bendix.

„Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post od. durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährl. M. 13.—, Einzelnummer M. 1.50 zu beziehen.

Das neueste Buch für den Weihnachtstisch

Über See und Heide

Von Paul John / Fahrten und Wanderungen / **Gebd. 8 Mk.**
Mit vielen Illustrationen und drei Kunstblättern

Inhalt:

An die Ostsee	Elbefahrt	Bornholm	Winter in den Bergen
Chora Stettiner Haff	Bornholm	Hamershus u. die Nordküste	Landreisen in Norweg
Swinemünde	Rundkirchen und Runensteine	Gudhjem und Helligdommen	Auf dem Eise d. Müggel
Rügenwanderung	Hasle u. Johns Kapel	Heimkehr	Und Friede auf Erden
Alt-Berlin		Sturmfahrt i. Parseval	

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit" \ Breite Straße 8-9
Auch in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit"

Nur solange Vorrat reicht liefern wir

Klassiker

Chamisso-Werke	1 Band	15.—	Mark
Freiligrath- "	3 Bände	50.—	"
Goethe- "	4 "	60.—	"
Goethe- "	6 "	138.—	"
Heine- "	12 "	138.—	"
Heine- "	4 "	68.—	"
Ibsen- "	2 "	22.—	"
Lenau- "	1 Band	15.—	"
Lessing- "	2 Bände	30.—	"
Reuter- "	4 "	60.—	"
Schiller- "	4 "	60.—	"
Shakespeare- "	4 "	60.—	"

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C2, Breite Straße 8–9
Auch in allen Filialen der „Freiheit" erhältlich
Versand auch nach auswärts!

Die erste Niederlage

Die Betriebsräte der Metallarbeiter gegen die Moskauer Thesen

Die bereits einmal vertagte Versammlung aller Betriebsräte des Metallarbeiter-Verbandes und der erweiterten Ortsverwaltung, die Stellung genommen hatte zu den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses, fand am 6. Dezember in den Sophien-Sälen ihre Fortsetzung. In der bereits stattgefundenen Versammlung war die Debatte geschlossen worden, nur die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen sollte noch erfolgen.

Rusch beantragte, die Debatte wieder zu eröffnen, um ihm Gelegenheit zu geben, seine Stellung zu den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses darzulegen. Die Versammlung stimmte zu, und Rusch ging nun, statt auf die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses einzugehen, dazu über, in langatmigen Ausführungen seine kommunistischen Gewerkschaftsideen darzulegen. Sie muteten aus seinem Munde geradezu komisch an. Wer den Entwicklungsgang von Rusch und sein Verhalten während seiner Tätigkeit als Bevollmächtigter kennt, kann diesen Mann nicht ernst nehmen. Ein Demagoge schlimmster Art, der zu den Schädlingen der Arbeiterbewegung zu rechnen ist. Positive Arbeit in den Gewerkschaften in seinem Sinne! Damit klangen seine Ausführungen aus, und er legte eine „positiv“ gehaltene Resolution vor, die mit Bedauern feststellte, daß der Betriebsrätekongreß von den Beschlüssen der Berliner Betriebsrätezentrale abgewichen sei, im übrigen aber empfahl, den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses Folge zu leisten.

Ziska gab gegenüber den Ausführungen Ruschs seiner Freude Ausdruck, daß man das, was man bis jetzt als konterrevolutionär bezeichnet habe, jetzt in einer eleganteren Form „negative Politik“ benenne. Im übrigen nützen revolutionäre Phrasen nichts. **Mit einer Arbeiterschaft, die nicht wenigstens zu einem großen Prozentsatz bewußt im Sinne des Sozialismus zu wirken gewillt sei, sei es unmöglich, die kapitalistische Wirtschaftsweise von heute auf morgen durch die sozialistische zu ersetzen.** Schulung der Arbeiterschaft für die ihr von der Entwicklung zugewiesenen großen Aufgaben sei dringendstes Gebot. Kollege Ziska stellt weiter fest, daß sich in den Gedankengängen des Kollegen Rusch nach seinen gemachten Ausführungen eine derartige Umstellung vollzogen hat, daß er in kürzester Zeit einer der vorgesehenen Reinigung seiner Partei zum Opfer fallen würde.

Malzahn und Müller hieben in dieselbe Kerbe wie Rusch. Letzterer, der in der vertagten Versammlung einen starken Heiterkeitserfolg errungen hatte, konnte es sich nicht verkneifen, seine allgemein bekannten Tiraden zu wiederholen und erzielte auch hier wiederholte Heiterkeitsausbrüche der Versammlung. Es ist erfreulich, daß die Berliner Metallarbeiter beginnen, Richard Müller richtig einzuschätzen. Seine Resolution zog er zugunsten der Resolution Rusch zurück. Dißmann vom Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes legte in großen Zügen die tieferen Ursachen dar, die dazu geführt haben, daß die Arbeiterschaft die Errungenschaften der Revolution nicht zu behaupten in der Lage war. Unter lautloser Stille der Versammlung zeigte er auf, daß die ökonomischen Vorbedingungen für das Festhalten der am 9. November errungenen politischen Macht nicht gegeben waren. Im übrigen wies er darauf hin, daß die zerrissenen politischen Parteien nicht in der Lage seien, das Proletariat in gemeinsamer Kampffront gegen den Kapitalismus zu führen. **Der einzige Hort der Arbeiterschaft seien die Gewerkschaften, die unter allen Umständen einheitlich zu erhalten, jeder ehrlich revolutionär denkende Arbeiter mithelfen müsse.** Er schloß unter stürmischem Beifall des größten Teils der Versammlung.

Bei der nunmehr vorgenommenen Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen wurde die von Rusch eingebrachte mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt und die folgende, vom Kollegen Fischmann eingebrachte Resolution mit demselben Stimmenverhältnis angenommen. Diese lautet:

„Die aktiven Betriebsräte der Metallindustrie, soweit sie im Metallarbeiter-Verband organisiert sind, sowie die Mitglieder der erweiterten Verwaltung, stellen sich auf den Boden des vom Reichsbetriebsrätekongreß beschlossenen Aufbaues und der Zusammenfassung der Betriebsräte. Sie lehnen jede andere Erfassung ab, aus der notwendigen Erkenntnis heraus, daß die Betriebsräte ihre Tätigkeit im Befreiungskampf der Arbeiterschaft nur ausüben können im engsten Anschluß an die Gewerkschaften. Sie begrüßen den Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission, die sich ebenfalls den vom Betriebsrätekongreß beschlossenen Aufbau zu eigen gemacht hat.“

Diese Versammlung hat bewiesen, daß Rusch, Richard Müller und Konsorten dort, wo Funktionäre und lange in der Arbeiterbewegung tätige Kollegen zusammenkommen, keinen Boden mehr finden. Auf die Betriebsräte, die mitten unter der Arbeiterschaft in den Betrieben tätig sind und die Stimmung der Arbeiterschaft am besten zu beurteilen wissen, machen diese Phrasen keinen Eindruck. Und weil wir das wissen, können wir der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen. Rusch und Richard Müller werden in der Berliner Arbeiterbewegung sehr bald ihre Rolle ausgespielt haben und in der Versenkung verschwunden sein, in die sie gehören. Das Ergebnis der Verhandlungen ist eine gute Vorbereitung für die Wahlen zur engeren Ortsverwaltung. Mit allem Nachdruck muß weitergearbeitet werden, damit diese zur ersten und gleichzeitig entscheidenden Niederlage der Moskauer Gewerkschaftszersplitterer werde.

Aus der Wirtschaft

Die internationale Wirtschaftskrise

Während die Produktivkräfte der vom Kriege nicht unmittelbar getroffenen Länder durch die Anspannung des Bedarfs sich gewaltig gesteigert haben und die Produktion leistungsfähiger ist als je, ist die Kaufkraft und Aufnahmefähigkeit der kriegsbetroffenen europäischen Länder aufs tiefste gesunken: der Unterkonsumtion der verelendeten Völker Mittel- und Osteuropas steht eine Ueberproduktion in den überseeischen und westeuropäischen Ländern unvermittelt gegenüber.

Einen Gradmesser für das Ausmaß der wirtschaftlichen Krise bildet die Schiffahrtskrise. Der durch den Krieg und die glorreiche Tätigkeit unserer Unterseeboote verursachte Schiffsraummangel ist schon lange behoben, der Ausfall an Schiffsraum durch vermehrte Schiffsbautätigkeit wieder wettgemacht, andererseits aber ist der internationale Warenverkehr seiner Menge nach ganz bedeutend zurückgegangen (wenn auch der Geldwert der Transportgüter gestiegen ist). Die Folge davon sind sinkende Frachtsätze und Zahlungseinstellungen. Die Schiffahrtskrise hat England und die skandinavischen Länder ergriffen, vor allem aber Amerika. Innerhalb zehn Tagen sind dort drei Schiffahrtsgesellschaften in Konkurs geraten.

Wie schwer Amerika von der Krise betroffen ist, wird aus einer Zusammenstellung der Konkurse ersichtlich. Im Juli dieses Jahres wurden 681 Konkurse mit einer Konkursmasse von fast 22 Millionen Dollar angemeldet, während im Juli vorigen Jahres die Zahl der Konkurse 452, die Höhe der Konkursmasse 5½ Millionen Dollar betragen hatte. Im August dieses Jahres wurden 673 Konkurse mit einer Konkursmasse von mehr als 28 Millionen Dollar angemeldet. Auch die sonstigen typischen Krisenerscheinungen bleiben nicht aus. Die Warenpreise zeigen noch immer eine sinkende Tendenz — so fiel Baumwolle seit Anfang August um mehr als die Hälfte im Preise —, die Produktion stockt. Neun von vierzehn führenden Industriezweigen zeigen eine Abnahme der Produktion gegenüber der gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Am schlimmsten sind natürlich wie immer die Arbeiter betroffen. Sie müssen sich entweder Arbeitszeit- oder Lohnverkürzungen gefallen lassen — so haben viele Textilfabriken in Neu-England und in den Südstaaten Lohnverkürzungen von 15 bis 30 Prozent vorgenommen — oder fliegen glatt aufs Pflaster. In Fords Automobilstadt Detroit feiern 60 000 Arbeiter, in Philadelphia 40 000. Wie infolgedessen den Unternehmern der Kamm schwillt, ersieht man aus einer Ankündigung der Vereinigung der Textilfabrikanten in Philadelphia: **die Arbeiter müßten größere Leistungen aufweisen (trotz der Absatzstockung!) und sich von allen Beeinflussungen radikaler Arbeiter freihalten, sonst würden die 125 000 Arbeiter dieser Branche brotlos werden!**

*

Auch in Frankreich und England sinken die Warenpreise. Die Wolle ist in Frankreich bis auf den Stand von 1917 gesunken, ähnliche Preisstürze erlitten Zucker, Petroleum, Seife, Reis usw. In England haben sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel so verbilligt, daß die Regierung die Aufhebung des Nahrungsmittelamtes plant.

*

Die vereinigten englischen, französischen und belgischen Leinenindustriellen haben einheitlich tiefeingreifende Betriebseinschränkungen beschlossen.

Aus London erhielten Hamburger Interessentenkreise die Nachricht, daß die Preise für englische Kohlen stark im Fallen sind. Es werden Angebote gemacht, die um 33 Prozent niedriger sind als vor dem Bergarbeiterstreik. — Diese Meldung ist nebenbei auch ein weiterer Beweis dafür, wie schlecht der Zeitpunkt des Ausbruches des Bergarbeiterstreiks gewählt war, und läßt sein Ergebnis erklärlich und verständlich erscheinen.

Das rumänische Petroleum

Die „Annales des mines de Roumanie“ veröffentlichen soeben einen Situationsbericht über die Petroleumausbeute der Gegend von Prahowa, wo zur Zeit fast allein in ganz Rumänien Petroleum gefördert wird. Aus der Publikation geht hervor, daß gegenwärtig 67 Gesellschaften mit 278 Schächten arbeiten, was eine monatliche Erzeugung von 6777 Tonnen ergibt. Außerdem gibt es 27 Bohrtrichter und 41 Trichter, die im Laufe des Krieges zerstört wurden und deren Inbetriebsetzung jetzt im Gange ist. Jedoch von weiteren 322 zerstörten oder überschwemmten Petroleumquellen kann die Wiederherstellung infolge des völligen Mangels von Bohr- und Konstruktionsmaterial nicht einmal ins Auge gefaßt werden.

Groß-Berlin

Die Zusammensetzung der Bezirksämter

Ueberall wartet man auf Bestimmungen über die Zusammensetzung der Bezirke. Eine gemischte Deputation der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats beschäftigte sich gestern mit dieser Angelegenheit. Die Bezirksversammlungen waren aufgefordert worden, sich zu äußern. Dieser Aufforderung war der größte Teil nachgekommen, einige Bezirke hatten sich einer Stellungnahme enthalten, weil sie erst wissen wollten, welche Gebiete den Bezirken überwiesen werden würden. Ueber diese Frage wurde auch gestern längere Zeit diskutiert. Man war sich aber klar darüber, daß erst nach und nach sich die Gebiete herausschälen lassen, die endgültig in die Bezirke kommen werden. Aber man müßte jetzt unter allen Umständen an die Arbeit gehen, um die Bezirke auf die Beine zu stellen. In der längeren Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Bezirke ihrer ganzen Struktur nach verschieden zu behandeln seien. Berlin brauche beispielsweise in den Bezirken keinen Schulmann, während in den Vorortbezirken es eine Notwendigkeit sei. Von bürgerlicher Seite wurden Ausführungen gemacht die auf eine Besetzung der Aemter mit Fachdezernenten hinausliefen. Dem wurde von unserer Seite entgegengetreten. Das Wahlrecht stünde lediglich den Bezirken zu, denen die Deputation keine Vorschriften machen könne. Daraufhin konzentrierten sich die Herren rückwärts. Es wurde der Sicherheit halber beantragt, daß den Bezirksverordneten für die Wahl keine Bindungen auferlegt werden. Dem wurde zugestimmt. Abgelehnt wurde, eine Bestimmung festzulegen, nach welchem das Bezirksamt nur von politischen Gesichtspunkten aus zu besetzen ist. Schließlich wurde beschlossen, daß die sechs Berliner Bezirke, sowie die Bezirke 12 und 17 sieben besoldete und sechs unbesoldete Mitglieder haben sollen, der Bezirk 14 (Neukölln) erhält neun besoldete und sechs unbesoldete, während die Bezirke 7, 9 und 11 acht besoldete und fünf unbesoldete erhalten. In einer nächsten Sitzung wird die Zahl für die übrigen Mitglieder festgesetzt.

Die Direktion des Elektrizitätswerkes droht mit Demission, wenn nicht ihrem Willen gemäß verfahren wird. Während des Elektrizitätsstreikes wurde auf Veranlassung der Regierung und der Direktion im Magistrat das bekannte Ultimatum beschlossen, nach welchem bis Mittwoch um 2 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen ist, anderenfalls die Arbeiter, die dem nicht Folge geleistet haben, als entlassen anzusehen sind. Nach Wiederaufnahme der Arbeit hat die Direktion 32 Arbeiter auf die Liste der zur Entlassung Kommenden gesetzt. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Mehrheit beschlossen, dem Magistrat aufzufordern, die Entlassung nicht vorzunehmen. Darauf bestehen aber die vier Direktoren des Elektrizitätswerkes. Sie haben sich an den Magistrat gewendet mit dem Ersuchen, eine Entscheidung zu treffen. Unserer Meinung nach ist die Entscheidung sehr einfach. Die Arbeiter dürfen unter keinen Umständen gemaßregelt werden, zumal sich unter den Gezeichneten sogar Arbeiter befinden, die anstatt um 2 Uhr erst um 4 Uhr zu arbeiten anfangen konnten,

Hunger

47]

Roman von Knut Hamsun.

Regungslos blieb ich stehen. Dicht vor mir, nur zwei Schritte entfernt, stand der Wirt selbst, ohne Rock, ohne Hut, und sah durchs Schlüsselloch nach dem Familienzimmer. Er machte eine geräuschlose Bewegung mit der Hand, damit ich mich ruhig verhalte und sah wieder durchs Schlüsselloch. Dabei lachte er.

„Kommen Sie hierher!“ rief er flüsternd. Ich näherte mich ihm auf den Zehen.

„Sehen Sie mal hin!“ sagte er und lachte mit geräuschlosem, erregtem Lachen. „Gucken Sie mal hinein! Hihi! Da liegen sie! Haben Sie den Alten gesehen, was? Können Sie den Alten sehen?“

Drinnen im Bette, dicht unter dem Christus in Oeldruck und mir gerade gegenüber, erblickte ich zwei Gestalten, die Wirtin und den fremden Steuermann. Ihre Beine schimmerten weiß gegen den dunklen Kattun des Oberbetts. Und im Bette an der entgegengesetzten Wand saß ihr Vater, der lahme Greis, und sah den beiden zu, mit hängendem Kopf, in sich zusammengebrochen wie gewöhnlich, ohne sich rühren zu können . . .

Ich wandte mich um gegen meinen Wirt. Er gab sich die größte Mühe, um nicht laut aufzulachen.

„Sahen Sie den Alten?“ flüsterte er. „Ach Gott, haben Sie den Alten gesehen? Er sitzt im Bett und sieht ihnen zu!“ Und er bückte sich wieder zum Schlüsselloch herab.

Ich ging an ihm vorüber ans Fenster und setzte mich. Dieser Anblick hatte aufs unbarmherzigste Unordnung in alle meine Gedanken gebracht und meine reiche Stimmung total vernichtet. Na, was ging mich die Sache eigentlich an? Wenn ihr Mann sichs gefallen ließ, wenns ihm obendrein Spaß machte, hatte ich doch wahrhaftig keinen Grund, es mir zu Herzen zu nehmen. Und was den Greis betraf, so war der Greis eben ein Greis. Er sah es vielleicht nicht einmal; vielleicht schlief er! Gott mag wissen, ob er nicht schon tot war; es sollte mich gar nicht wundern, wenn er tot war. Und jedenfalls hatte ich sie doch nicht auf meinem Gewissen.

Ich nahm meine Papiere wieder zur Hand und wollte alle unberufenen Eindrücke von mir weisen. Mitten in einem Satze der Rede des Richters war ich stehen geblieben: „So gebietet mir denn Gott und das Gesetz, so gebietet mir denn der Rat meiner weisen Männer, so gebietet denn mir und meinem Gewissen . . . .“ Ich sah zum Fenster hinaus, um zu überlegen, was sein Gewissen ihm denn gebieten sollte. Aus dem Zimmer nebenan drang leises Geräusch zu mir heraus. Nun, das kümmerte mich nicht, kümmerte mich durchaus nicht! Ruhe! Ruhe! —

„So gebietet denn mir und meinem eigenen Gewissen . . .“

Aber alles hatte sich gegen mich verschworen. Der Mann stand durchaus nicht ruhig am Schlüsselloch; dann und wann hörte ich ein gepreßtes Lachen und sah, daß er zitterte; auf der Straße ging ebenfalls etwas vor, das mich zerstreute. Drüben auf dem Trottoir saß ein kleiner Junge im Sonnenschein und spielte; er dachte an nichts böses, knotete nur eine Menge Papierstreifen aneinander und tat keinem was zu Leide. Plötzlich springt er auf und flucht; er geht rücklings auf den Fahrdamm hinauf und gewahrt einen Mann, einen ausgewachsenen Mann mit rotem Bart, der in einem Fenster der zweiten Etage lag und ihm auf den Kopf spie. Der Kleine weinte vor Zorn und fluchte ohnmächtig nach dem Fenster hinauf, und der Mann lachte ihm ins Gesicht; auf diese Weise vergingen vielleicht fünf Minuten. Ich wandte mich ab, um die Tränen des Knaben nicht zu sehen.

„So gebietet denn mir und meinem eigenen Gewissen . . .“

Unmöglich weiter zu kommen. Zuletzt fing das Ganze an, sich zu verwirren; mir schien, als ob alles, was ich geschrieben, unbrauchbar sei, ja, als ob die ganze Idee ein gräßlicher Unsinn sei: Im Mittelalter konnte man überhaupt nicht vom Gewissen reden; das Gewissen hatte Tanzlehrer Shakespeare erst entdeckt, folglich war meine ganze Rede unrichtig. War also gar nichts gutes in diesen Blättern enthalten? Ich durchflog sie aufs neue, und meine Zweifel schwanden wieder, ich fand großartige Stellen, ganz lange Stücke von großer Bedeutung. Und wiederum empfand ich den berauschenden Trieb in meiner Brust, noch einmal anzufangen und mein Drama fertig zu bringen.

Ich stand auf und ging an die Tür, ohne der rasenden Zeichen des Wirts zu achten, der mir bedeuten wollte, ich solle mich ruhig verhalten. Fest entschlossen ging ich durchs Vorzimmer, die Treppen hinauf in den zweiten Stock, und trat dort in mein altes Zimmer. Der Steuermann war ja nicht da, er war unten bei der Frau im Familienzimmer, was hinderte mich also, hier einen Augenblick zu sitzen? Ich würde seine Sachen nicht berühren, nicht einmal seinen Tisch benutzen, sondern mich nur auf einen Stuhl neben der Tür setzen und ganz zufrieden sein. Eilig breite ich das Papier auf meinen Knien aus.

Jetzt ging es einige Minuten ganz ausgezeichnet. Replik auf Replik entstand fertig in meinem Kopfe, und ich schrieb ununterbrochen. Ich füllte eine Seite nach der anderen, setze über Stock und Stein, jauchze leise vor Entzücken über meine gute Stimmung und weiß kaum noch von mir. Der einzige Laut, den ich in diesem Augenblick vernehme, ist mein eigenes frohes Jauchzen. Mir fiel auch eine äußerst glückliche Idee mit einer Kirchenglocke ein, die an einem gewissen Punkt meines Dramas läutend einfallen sollte. Es wurde überwältigend schön.

Da vernehme ich Schritte auf der Treppe. Ich bebe und bin beinahe außer mir, sitze wie auf dem Sprung, scheu, wach, von Angst erfüllt, vom Hunger aufs äußerste erregt; ich lausche nervös, halte den Bleistift still in der Hand und lausche, außerstande, noch ein Wort zu schreiben. Die Tür geht auf, das Paar von unten aus dem Zimmer tritt ein.

Bevor ich noch Zeit fand, um Entschuldigung für das zu bitten, was ich getan, schreit die Wirtin wie aus den Wolken gefallen:

„Nein, Gott steh mir bei, nun sitzt er wieder hier!“

„Entschuldigen Sie!“ sagte ich und würde noch mehr gesagt haben, kam aber nicht weiter.

Die Wirtin riß die Tür weit auf und schrie:

„Wenn Sie jetzt nicht gehen, hol' mich der Teufel, so schicke ich nach der Polizei!“

Ich stand auf.

„Ich wollte Ihnen nur Adieu sagen“, murmelte ich, „und mußte deshalb auf Sie warten. Ich habe gar nichts angerührt und saß hier nur auf dem Stuhl . . .“

„Das macht nichts“, sagte der Steuermann. „Was Teufel macht das? Lassen Sie den Mann doch!“

Als ich die Treppe herunter war, packte mich plötzlich eine rasende Wut gegen dieses dicke, unförmliche Weib, das mir auf den Fersen folgte, um mich so schnell wie möglich fortzubringen; ich stand einen Augenblick still, die furchtbarsten Schimpfworte auf den Lippen, bereit, sie ihr ins Gesicht zu schleudern. Ich bedachte mich aber bei Zeiten und schwieg, schwieg nur aus Dankbarkeit gegen den fremden Mann, der hinter ihr ging und es gehört haben würde. Die Frau folgte mir beständig und schimpfte unablässig, während meine Wut bei jedem Schritt, den ich machte, zunahm.

Wir gelangten hinunter in den Hof, ich ging sehr langsam und überlegte noch immer, ob ich mich mit der Wirtin einlassen solle. In diesem Augenblick war ich wahnsinnig vor Raserei und dachte an das furchtbarste Blutvergießen, an einen Stoß in die Bauchgegend, der sie auf der Stelle tot hingestreckt haben würde. In der Tür geht ein Dienstmann an mir vorüber und grüßt, ich danke ihm nicht; er wendet sich an die Frau hinter mir, und ich höre, wie er nach mir fragt; trotzdem drehe ich mich nicht um.

Ein paar Schritte von der Tür entfernt, holt der Dienstmann mich wieder ein, grüßt und redet mich an. Er gibt mir einen Brief. Heftig und unwillig reiße ich ihn auf, ein Zehnkronenschein fällt aus dem Kuvert, sonst nichts, kein Wort.

(Fortsetzung folgt.)

weil um 2 Uhr noch Abstimmungen stattfanden. Besteht die Direktion auf ihrem Kopf, so wird sie selber die Konsequenzen ziehen müssen. Auf diese Weise dürfte sich der Stab der Direktion verringern, der unserer Meinung nach schon immer zu hoch war.

Kommunale Kommissionen. Konferenz sämtlicher Obleute der Distrikte und Verwaltungsbezirke Groß-Berlins am Donnerstag, den 9. Dezember, abends pünktlich 6 Uhr im Rathaus, Königstraße, Zimmer Nr. 109. Die Verwaltungsbezirke Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof, Schöneberg, Neukölln, Treptow, Köpenick, Lichtenberg, Weißensee, Pankow, Reinickendorf müssen unbedingt vertreten sein.

Die Elternversammlung der 5. Gemeindeschule Neukölln (religionslose Schule) erläßt, nach einem Referat von Hüttel, Kundgebungen an den Minister für Volksbildung und sonstige zuständige Stellen, in dem Sinne, daß die Erfassung der religionsbefreiten Kinder in besonderen Schulen ihrem Willen entspricht, fordert jedoch grundsätzlich die „Weltlichkeit der Schule", d. h. völlige Trennung von Kirche und Schule, verwirft den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, wie sie die Einführung eines gesonderten Moral- oder Sittenunterrichts für unangebracht erachtet. Die Erziehung des werdenden Geschlechts zu sittlich vollkommenen und moralisch gefestigten Menschen muß Grundprinzip in allen geeigneten Unterrichtsfächern sein. Keiner Anschauung oder Konfession dürfen Schulen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, es muß vielmehr den Eltern frei bleiben, ihre Kinder in ihrem Sinne außerhalb der Schule zu erziehen oder erziehen zu lassen; sie fordert ferner die absolute Einheits-Schule für Arm und Reich nach den sozialistischen Vorschlägen und Umgestaltung des Unterrichts nach dem Prinzip der Arbeitsschule. Von dem Minister für Volksbildung verlangt sie, daß Artikel 149 Abs. 2 der Verfassung zur Anwendung gelange, der die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht von der ausdrücklichen Willenserklärung desjenigen abhängig macht, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat. Erfolgt diese Erklärung nicht, so darf das Kind dem Religionsunterricht nicht zugeführt werden. Eltern, die für die Interessenvertretung der Eltern an der neuen Schule wirken wollen, geben sofort ihre Adresse an Oskar Hüttel, Jlsestr. 24.

In der Brunnenstraße, wo die Neubauten an der A. E. G.-Schnellbahn lange Zeit ein Verkehrshindernis bildeten und auch die Pflasterungen, die nur notdürftig aus Kopfsteinen als Notbehelf während des Krieges ausgeführt waren, wird nunmehr der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt, d. h. der Fahrdamm erhält wieder seine ursprüngliche Breite und die Straßenbahngleise werden wieder in die Mitte verlegt.

Sprechchor für die Proletarischen Feierstunden. Uebungsstunde am Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums Steinstraße. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Sprachbegabte Genossen und Genossinnen sowie Jugendliche werden als neue Mitglieder aufgenommen. Zu den Feierstunden am Sonntag wird der „Tag des Proletariats" aufgeführt. Das Erscheinen aller Mitglieder, pünktlich ¾11 Uhr, ist notwendig.

Schauspielhaus Neukölln. Heute, Mittwoch, den 8. Dezember 1920, abends ¾7 Uhr, findet im neuen Saal der „Neuen Welt", hier, Hasenheide 108-114, die letzte diesjährige Theatervorstellung statt. Auf vielfachen Wunsch gelangt Otto Ernsts „Flachsmann als Erzieher" nochmals zur Aufführung. Das Stadttheater wird die gleichen namhaften Kräfte hierher entsenden, so daß der Abend eine ganz vorzügliche Besetzung verspricht. Eintrittskarten zum Preise von 3 Mk sind noch an der Abendkasse erhältlich.

Ermordung eines Berliners in Rostock. Das Polizeiamt in Rostock teilt mit: Einen schweren Raubmord beging der Schlächtermeister Friedrich Kähning jun., der am Donnerstag mittag den Viehhändler und Schlächtermeister Otto Lindner aus Berlin, mit dem er in Geschäftsverbindung stand, und der, um Fleisch einzukaufen, sich in diesen Tagen wieder in Rostock aufhielt, im Keller seiner in der Ludwigstraße belegenen Wohnung mit einem Beil erschlug, ihm die Beine absägte, den Leichnam in einen Kofferkorb verpackte und abends von der Petribrücke in die Warnow warf. Die Tat wurde entdeckt, als ein anderer Berliner Geschäftsfreund des Ermordeten sich telephonisch nach dem Grunde der immer noch nicht erfolgten Rückkehr des Lindner erkundigte, zu einer Zeit als Kähning geschäftlich nach Lübeck verreist war. Als er mit dem Mittagszuge von Lübeck zurückkehrte, wurde er am Bahnhof festgenommen. Nach anfänglichem Leugnen und nachdem man bei ihm die Uhr des Vermißten gefunden hatte, gestand er die Tat ein. Er will in Geldverlegenheit gewesen sein und den Mord in der Absicht, sich zu bereichern, begangen haben, da er wußte, daß Lindner größere Geldsummen bei sich führte. Die Leiche ist heute morgen bei der Petribrücke in der Warnow entdeckt worden.

Die „Weihnachtsgeschäfte" der Taschendiebe florieren auch in diesem Jahre wieder sehr. Wie aus den sich täglich häufenden Anzeigen ersichtlich ist, sind die Langfinger in großer Zahl und mit großem Erfolge wieder an der Arbeit. Den Andrang vor den Schaufenstern, besonders aber auch in den Weihnachtsausstellungen der Warenhäuser benutzen die Spitzbuben, um die Taschen und Handtaschen anderer Personen unauffällig zu leeren. Auch die überfüllten Fahrstühle bieten ihnen ein leichtes Arbeitsfeld. Die Fingerfertigkeit, die sie dabei an den Tag legen, ist immer erstaunlicher. So öffneten sie einer Dame in einem Fahrstuhl eines Warenhauses im Westen der Stadt die Handtasche, obwohl sich die Bestohlene an der Tasche einen besonderen Verschluß hatte anbringen lassen. Sie stahlen ihr aus der Tasche eine goldene Brosche mit einem großen Brillanten in der Mitte und kleineren an den beiden Enden und ein braunledernes Geldtäschchen mit 200 M. Bargeld. Ihr Gesamtverlust beläuft sich auf 10 000 M.

Reinickendorf. Seit der Ablösung der kommunalen durch die grüne Polizei nimmt die Unsicherheit in unserem Orte ständig zu. Insbesondere sind das gesuchte Ziel einer wie es scheint wohlorganisierten Einbrecherbande die eigenen Lebensmittelgeschäfte der Gemeinde. Im November fielen der Diebesbande in der 11. Verkaufsstelle Waren im Werte von 7000 M., in der 3. für etwa 6000 M. in die Hände. Vom Sonnabend zum Sonntag wurde die 1. Verkaufsstelle, die an der belebtesten Stelle des Ortes liegt, heimgesucht. Die Einbrecher erbeuteten für etwa 10 000 M. Waren. Zum Transport diente ein Einspännerfuhrwerk. Sollte die grüne Polizei außer ihrer Alarmbereitschaft für den Rechtsputsch nicht auch noch ein wenig Zeit für die Bewachung gemeindlichen Eigentums finden?

Gewerkschaftliches

Achtung, Buchdrucker!

Am Freitag, den 10. Dezember, abends 5 Uhr, findet im großen Saal des Dresdener Casino, Dresdener Str. 96 (nahe Prinzenstraße) für alle auf dem Boden der U. S. P. D. (Crispien-Ledebour) stehenden Kollegen eine Buchdrucker-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. U. S. P. D. und Gewerkschaften. Ref.: Gen. Hermann. 2. Die Spaltung der Opposition. 3. Neuwahl des Aktionsausschusses. In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen jedes Kollegen sowie regste Propaganda für diese Versammlung.

J. A.: Otto Fiedler.

Auslegung des Schiedsspruches vom 6. 11. 1920 für die Metallindustrie

Der zwischen dem Verband Berliner Metall-Industrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband entstandene Streit über die Auslegung des Absatzes IV des Schiedsspruches vom 6. November 1920 war auf dem Wege gegenseitiger Verhandlungen nicht zu überbrücken. Es mußte infolgedessen das Schiedsgericht, das den Spruch vom 6. November gefällt hat, neu zusammentreten, um eine Auslegung des Absatzes IV zu geben. Das Schiedsgericht hat am 1. Dezember nachstehende Auslegung des strittigen Absatzes gegeben:

Die Unparteiischen haben wunschgemäß den Schiedsspruch vom 6. November 1920 wie folgt erläutert:

Punkt IV des Schiedsspruches beruhe auf den von den Parteien dem Schiedsgericht mitgeteilten Bedingungen, nach denen bei gewissen Lohnarbeiten über den Tariflohn hinaus eine Stundenzulage von 10, 20 oder 30 Pfg. gewährt werden konnte. An den Voraussetzungen der Zulagen sollte nicht mehr erhöht werden. Dabei gingen die Unparteiischen davon aus, daß dort, wo diese Zulagen bisher gewährt wurden, sie mit der beschlossenen Erhöhung weiter gewährt werden können.

gez. Wissell. gez. Hoffmann. gez. Simonsohn. gez. Kantorowicz.

Der Spruch der Unparteiischen legt also die von den Industriellen für die Gewährung des Akkordausgleiches geforderten Momente zugrunde, und zwar

„Für hochqualifizierte Arbeiter, die schwierige Arbeiten in Lohn ausführen, weil ihre Arbeit nicht in Akkord kalkuliert werden kann, wird, um einen gewissen Ausgleich gegenüber den Akkordverdiensten zu schaffen, eine besondere mit dem Tariflohn festzusetzende Zulage pro Stunde über die Akkordbasis hinaus gezahlt. Im zweiten Satz sprechen die Unparteiischen aus, daß dort, wo qualifizierten Lohnarbeitern bereits derartige Zulagen gewährt wurden, sie mit den im Schiedsspruch vom 6. November vorgesehenen Erhöhungen weiter gewährt werden müssen. Für diejenigen, die einen derartigen Akkordausgleich nicht hatten, oder in die Betriebe neu eingestellt werden, muß auf dem Wege der betriebsweisen Verhandlung die im Schiedsspruch vom 6. November vorgesehene Ausgleichszulage von 10 bis 60 Pfg. herausgeholt werden. Für diejenigen Kollegen, die nach dem Schiedsspruch vom 21. 8. 1919, Nr. 3, Absatz 3, der besagt:

„Die durch die aufgeführten Zuschläge sich ergebende Grenze kann bei einzelnen Leuten überschritten werden, die außergewöhnliche Fähigkeiten und Leistungen aufweisen"

bereits einen höheren als den tariflich möglichen Höchstlohn hatten, sollen die Bestimmungen des Schiedsspruches vom 21. 8. 1919 nach wie vor Geltung haben. Es ergibt sich also daraus, daß in den Betrieben, wo einzelnen, besonders hochqualifizierten Kollegen ein über die Höchstgrenze des Tarifes hinausgehender Lohn gegeben wurde, sie denselben weiter beanspruchen können."

Diese Auffassung wurde bei der Verhandlung des Schiedsgerichts am 1. Dezember durch den Syndikus des Verbandes Berliner Metall-Industrieller, Herrn Rechtsanwalt Oppenheimer, ausdrücklich bestätigt mit dem Hinweis, daß die einzelnen Bestimmungen des Schiedsspruches vom 21. 8. 1919 nach wie vor in Geltung sind und daß jedes Mitglied berechtigt und verpflichtet ist, nach den Bestimmungen des Schiedsspruches in seinem Betriebe zu verfahren.

Die Ortsverwaltung.

Die graphische Hilfsarbeiterschaft und der Reichstarif! Am Sonntag, den 5. Dezember, fand sich die Berliner graphische Hilfsarbeiterschaft in der Bockbrauerei, Fidicinstraße, ein, um zu dem Entwurf des Reichstarifes Stellung zu nehmen. Der Versammlungssaal war überfüllt. Der Bevollmächtigte Gloth referierte für Annahme des Tarifes, Kollege Kraas hatte das Korreferat übernommen. An die Ausführungen knüpfte sich nun eine lange Debatte über die Lohn- und Tarifpolitik. Eine Resolution Krummrei, die diese Tarifpolitik prinzipiell ablehnt und der Kollegenschaft Berlins empfiehlt, den Reichstarif bei der Urabstimmung abzulehnen, wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung war wieder ein Beweis, daß die Berliner graphische Hilfsarbeiterschaft wie bisher auf dem Boden des konsequenten Klassenkampfes steht.

Streik im Dresdner Industriegebiet. Seit Dienstag früh streiken in dem Industriebezirk zwischen Dresden und Pirna, hauptsächlich in Nieder-Sedlitz und Heidenau, die Beamten der großen industriellen Unternehmungen, wie verlautet, wegen nichterfüllter Gehaltsforderungen. Von dem Streik werden u. a. das große Sachsenwerk und die Firma Gebr. Seck betroffen.

Metallarbeiterstreik in Leipzig. In Leipzig traten am Montag 15 000 Metallarbeiter in den Streik, da die Unternehmer die vom Metallarbeiterverband erhobenen Forderungen bei weitem nicht bewilligten. Insbesondere lehnten sie die Uebertragung des Einstellungs- und Entlassungsrechtes in die Hände der Betriebsräte mit dem höhnischen Bemerken ab: „Das könnte Euch so passen". In einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte wurde die Ablehnung des Angebots der Unternehmer und die Aufnahme des Streiks beschlossen. In einer Reihe von Betrieben sind die Forderungen restlos oder in derselben Höhe wie in Chemnitz durchgeführt worden. Diese Betriebe sind von dem Streik ausgenommen worden.

Metallarbeiter der im Osten Berlins gelegenen Betriebe. Am Donnerstag, 9. Dezember, nachmittags 4 Uhr tagt in den Comenius-Sälen, Memeler Str. ... eine Versammlung der auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden und im ... schen Metallarbeiter-Verband organisierten Genossen. Tagesordnung: Die ... wahlen im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Referent: Gen. Otto Ziska. ... gliedsbuch legitimiert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Sonntag, 12. Dezember, findet bei ... Elisabethstr. 30 die Urabstimmung über unsere Verschmelzung mit dem ... Bekleidungsarbeiter-Verband statt für diejenigen Mitglieder, welche nicht in ... Betrieben abstimmen. In Anbetracht dieser äußerst wichtigen Entscheidung ist es notwendig, daß jeder Kollege und jede Kollegin ihre Stimme abgibt und keiner fehlen. Mitgliedsbuch oder -karte mitbringen.

Aus den Organisationen

4. Distrikt. 8. Abteilung. Der Zahlabend findet statt: Stadtbez. 85–... Görlich, Adalbertstr. 84. Stadtbez. 87 bei Lier, Naunynstr. 9. Stadtbez. ... Siebentopf, Muskauerstr. 33.

5. Distrikt. Der Zahlabend findet in folgenden Lokalen statt: 1. Abteilung ... Bezirke 209, 210, 212 bei Keller, Wasserthorstr. 71. Bezirke 214, 215 bei ... Brandenburgstr. 17a. Bezirke 211, 213 bei Rathe, Gitschinerstr. 68. 2. Abteilung ... bei Schmelzfürst, Alte Jakobstr. 24. 3. Abteilung bei Roth, Brandenburgstr. ... 4. Abteilung bei Wagner, Zerbsterstr. 30. 5. Abteilung bei Prüße, Prinzenstr. ... 6. Abteilung bei Schmidt, Sebastianstr. 1. 7. Abteilung bei Schulz, Stallschreiberstraße 29. 8. Abteilung bei Prahser, Wassertorplatz, Wasserthorstraße Ecke Michaelkirchstraße ... 9. Abteilung bei Marzinkowski, Michaelkirchstr. 24.

6. Distrikt. 8. Abteilung. Zahlabend bei Pomeleit, Jostystr. 7.

7. Distrikt. Kommunale Kommission. Freitag, 7 Uhr, Sitzung bei Rathe, ... ner Str. 19. Genossen, die an kommunaler Tätigkeit Interesse haben, sind eingeladen.

9., 10., 12 und 13. Distrikt. Distriktsleiter sowie Obleute der kommunalen Kommission, Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung Kolbestr. 35 bei Balsche.

11. Distrikt. 6. Abteilung. Zahlabend bei Klement, Sophienstr. 6.

11. Distrikt. 7. Abteilung. Zahlabend in der Pflichtfortbildungsschule ... richstr. 126, Hof links 3 Tr., Zimmer 33.

Lichtenberg. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. Viertel: 1. Gruppe bei Willing, Niederbarnimstr. 8. — 2., 3., 4., 5. Gruppe ... bei Weckert, Simon-Dach-Str. 5. — 2. Abteilung bei Höhel, Wühlischstr. ... 3. Abteilung bei Rau, Scharnweberstraße Ecke Friedrich-Karl-Straße. — ... 19. Gruppe bei Scherbaum, Krossener- Ecke Seumestraße. — 17. und 18. Gruppe ... bei Mohnke, Gärtnerstr. 1. — 2. Viertel: 5. Abteilung bei Kolym, ... — 25., 26., 27. Gruppe bei Kelch, Finowstr. 33. — 28. Gruppe bei ... Weserstr. 14-15. — 29., 30. Gruppe bei Eill, Weichselstr. 14. — 31., 32., 33. Gruppe ... bei Kohlke, Magnusstr. 28. — 34., 35. Gruppe bei Lübers, Scharnweberstr. ... 8. Abteilung bei Wiesenhagen, Scharnweberstr. 60. — 3. Viertel: ... Diele, Neue Bahnhofstr. 3. — 4. Viertel: 12. Abteilung bei Gärtner, ... Straße 40. — 13. Abteilung bei Siewert, Kunstr. 3. — 14. Abteilung bei ... nicke, Rupprecht- Ecke Ettelstraße. — 15. Abteilung bei Lehmann, ... — 5. Viertel: 16. Abteilung bei Henne, Friedrichstr. 63. — 17. Abteilung ... Fischbach, Prinzen-Allee 6. — 18. Abteilung bei Lehmann, Siegfriedstr. ... 19. Abteilung bei Engel, Wagner- Ecke Rhpodienstraße. — 6. Viertel: 84. Gruppe ... bei Graczinski, Pfarrstr. 13. — 86. Gruppe bei Günther, Tasdorferstr. ... 87. Gruppe bei Kunisch, Tasdorferstr. 4. — 21. Abteilung bei Hoß, ... straße 106-107. — 22. Abteilung bei Auszack, Herzbergstr. 126a.

14. Verwaltungsbezirk (Neukölln, Britz, Buckow, Rudow). Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung der Agitationskommission bei Gehrke, Jägerstr. 60. Stellungnahme zur Landagitation.

15. Distrikt. Donnerstag, abends 6 Uhr, Sitzung der Kinderschutz-, Frauenarbeits- und Bildungskommission bei Barleben, Burgsdorfstr. 13.

Neukölln. Die Bezirksführer werden gebeten, die in ihrem Besitz noch befindlichen Matineekarten zugunsten der Kinder arbeitsloser Parteigenossen in den Zahlabenden zu verkaufen.

Neukölln. Bezirksversammlungen am Mittwoch, abends 7 Uhr: 3. Bezirk ... Koll, Pflügerstraße Ecke Pannierstraße. 4. Bezirk bei Gemmeker, Kaiser-Friedrich-Str. 232. 5. Bezirk im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8. 12. Bezirk bei ... Saalestr. 29. 13. Bezirk bei Funk, Walterstraße Ecke Grenzstraße. 15. Bezirk ... Graß, Kopestr. 34. 18. Bezirk bei Hirtler, Prinz-Handjery-Str. 34. 20. ... bei Gehrke, Jägerstr. 60.

Adlershof. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung in ... Schulaula Radickestr. 10. Vortrag des Gen. Alexander Stein über „Sozialisierung ..."

Friedrichshagen. Heute Zahlabend, 7 Uhr, in Dechers Bürgersälen.

Charlottenburg. 6. Gruppe. Der Zahlabend findet im Restaurant ... Goethestr. 30, statt.

Charlottenburg. Die arbeitslosen Genossen mit Kindern werden gebeten, ihre Adressen mit näheren Angaben (Zahl und Alter der Kinder) bei den Zahlabendleitern heute, Mittwoch, abzugeben. Die Kinderschutz-Kommission.

Steglitz, Lankwitz, Lichterfelde. Vollsitzung der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte im Gymnasium Heesestraße, Donnerstag, 9. Dezember, abends 7½ Uhr. Erscheinen aller Elternbeiräte ist Pflicht.

Steglitz. Freitag, 10. Dezember, abends 7½ Uhr, öffentliche Versammlung im Lyzeum, Rothenburger Straße. Vortrag des Gen. Dr. Kriesche „Die Entwicklung der Religion".

Weißensee. Der Zahlabend fällt aus, dafür am Sonnabend Abteilungsversammlungen.

Friedrichsfelde. Donnerstag, abends 7 Uhr, im Lokal von Dorn, Prinzenallee Nr. 30 wichtige Versammlung. Tagesordnung: Die politische Lage.

Reinickendorf-West. Freitag, 7 Uhr, im Volkshaus Sitzung sämtlicher Funktionäre aller Kommissionen mit Geschäftsleitung. Tagesordnung: Partei.

Bernau. Heute, Mittwoch findet bei Biebisch, Kaiserstraße, gemeinschaftlicher Zahlabend statt. Vortrag und Organisationsfragen.

Rüntgental, Buch, Zepernick, Schönow, Schwanebeck, Hobrechtsfelde. Mittwoch, 8. Dezember, abends pünktlich 7½ Uhr, bei Pohle (Röntgental), Siemensstraße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag über „Die Sozialisierung im Bergbau". Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Potsdam, Bezirk 4. Sonntag, 12. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet ... Rummelsburg, Cafe Bellevue, eine Gemeindevertreter-Konferenz aller Orte des gesamten Bezirks statt. Vortrag des Genossen Kübig-Pankow über „Kommunalpolitik". Diskussion. Erscheinen aller kommunalpolitisch tätigen Genossinnen und Genossen notwendig.

Vereinskalender

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 7a (Angestellte der Firma ...heim): Oeffentliche Versammlung am 8. Dezember, abends 7½ Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Fachgruppe 17 1 (Schokoladen- und Konfitürengeschäfte): Mitgliederversammlung am 8. Dezember, abends 8 Uhr im Verbandslokal Belle-Alliance-Str. 7-10.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 7b (Kaufhäuser): Die ... Donnerstag, 9. Dezember einberufene Versammlung in den Musiker-Festsälen, ... Wilhelm-Str. 31, findet nicht statt.

Zentralverband der Schuhmacher. Vertrauensmännersitzung der Industrie ... Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr bei Eibler, Markusstr. 18.

Transportarbeiter-Verband. Kollegen aus den Brauerei-Niederlagen, ... Vertriebs-Gesellschaften und Bier-Verlagsgeschäften usw., Donnerstag, abends ... Uhr, Engelufer 15, Gewerkschaftshaus, Saal 1, Mitglieder-Versammlung.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Süd-West. Mittwoch, ... Uhr im „Pahnehofer", Fidicinstr. 2-3, Mitgliederversammlung.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, 9. Dezember, Niederwallstr. 12, Vortrag des Genossen Halche: „Steinachs Verjüngungsversuche". Gäste willkommen.

Soz. Proletarierjugend, Agitationsbezirk Osten. Donnerstag, 7½ Uhr, ... Wilding, Gubener Str. 24, Agitationsbezirkssitzung. Die Gruppenvorstände ... Osten, Frankfurter Vorstadt, Stralau, Lichtenberg, Treptow, Karlshorst, Johannisthal, Adlershof, Glöden haben bestimmt zu erscheinen.

Zur Gründung einer Produktivgenossenschaft (Sägewerk) findet Sonntag, 12. Dezember, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelufer 15, kleiner Saal, eine Versammlung der Tischler, Stellmacher, Zimmerer und Maschinenarbeiter statt.

Arbeiter-Elternbund, Gruppe Moabit. Die Mitgliederversammlung findet nicht Donnerstag, sondern Freitag, abends 7 Uhr, bei Vitz, Rostocker Str. 27, statt.

Berliner Schwimm-Union. Die Uebungsstunden sämtlicher männlichen und weiblichen Mitglieder finden jetzt jeden Montag, von 5½–6½ Uhr und Freitag für beide Teile von 6½–7½ Uhr in der Schwimmhalle Schillingstraße statt.

Lebensmittelkalender

Steglitz. Abschn. 68 der Groß-Berliner Karte 80 Gr. Butter zu 3,20 M. Anmeldung vom 8. bis 8. Dezember. Abschn. 46 der Groß-Berliner Karte ... Kochmehl zu 2,50 M. (Roggen-, Weizenmehl). Abschn. 43 der Karte für ... 200 Gr. Teigwaren zu 2,20 M. Verkauf vom 9. bis 11. Dezember: ... Steglitzer Karte 250 Gr. Haferflocken zu 1,70 M.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabald, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kameriner, Karlshorst. Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der „Freiheit" Druckerei G. m. b. H. Berlin C 2, Breite Straße ...

Schokoladen
Konfitüren, Kekse,
Pfefferkuchen,
Pfeffernüsse
Zwieback
L. Jacobowitz, SW 68
Schützenstrasse 70
offeriert
und
versendet zu
billigsten Preisen

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Gebisse
kauft täglich von 9 bis 6 zu den denkbar höchsten Preisen. Sendungen von außerhalb werden schnell und gewissenhaft erledigt.
S. DEGEN, Linienstraße 77 am Rosenthaler Tor.

Gold- Silber-Bruch
Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink usw.
Zahle stets Tagespreise!
Metallschmelze
Siemensstraße 6
(Bahnhof Beusselstr.)

Blumenstr. 58
(Hof) Nähe Krautstraße
für sämtl. Altmetalle
hohe Schmelzpreise

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Gold-, Silberbruch
weit über Tagespreis
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

Raucherdank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst
San.-Inst. Gg. Englbrecht
München R. 21, Kapuzinerstr. 9.

Gold-
bruch kauft per Gramm 1 Mark über Tageskurs.
Silber- u. Platin-bruch
Scheide-Anstalt
E. Czipronat
O, Blumenstr. 88, Hof 2. Aufg.

Die Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 68, am Hermannplatz, kauft
Kupfer, Messing, Blei, Zink.

Kupfer usw.
kauft zum Tageskurs
Schönhauser Allee 80
am Ringbahnhof.

Goldbruch, Silberbruch
Brillanten, Zahngebisse, Platin, Uhren,
kauft Schubert
Zimmerstraße 81
unweit Friedrichstraße

Neukölln und Umgebung!
Man achte auf die hohen Preise, welche für sämtliche Altmetalle sowie Hasen- und Lumpen gezahlt werden. Reichenberger Str. ...